

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 1 Januar 2013 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## **GdP-Arbeitsschutzsymposium: Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird**

Gewerkschaft  
der Polizei  
Mitglied der European  
Confederation of Police (EuroCOP)

### **In dieser Ausgabe:**

**Innenministerkonferenz:  
NPD-Verbotsantrag: Mit gemischten  
Gefühlen auf den Weg gebracht**

**Im Gespräch mit DFB und DFL:  
Gewalt schadet dem Ansehen  
des Fußballs**

**Wasserschutzpolizei:  
Neue „Rheinpolizei“ soll kommen**

**Internationales:  
EuroCOP-Sitz in Brüssel verstärkt Einfluss**

**Gesellschaft:  
Respektfähigkeit und Meinungsfreiheit**

**JUNGE GRUPPE (GdP)**

# Aktuelle Neuauflage

## Bundespolizeigesetz

### Kommentar

Herausgegeben von  
**Dietrich Heesen, Jürgen Hönle, Andreas Peilert**  
und **Helgo Martens**

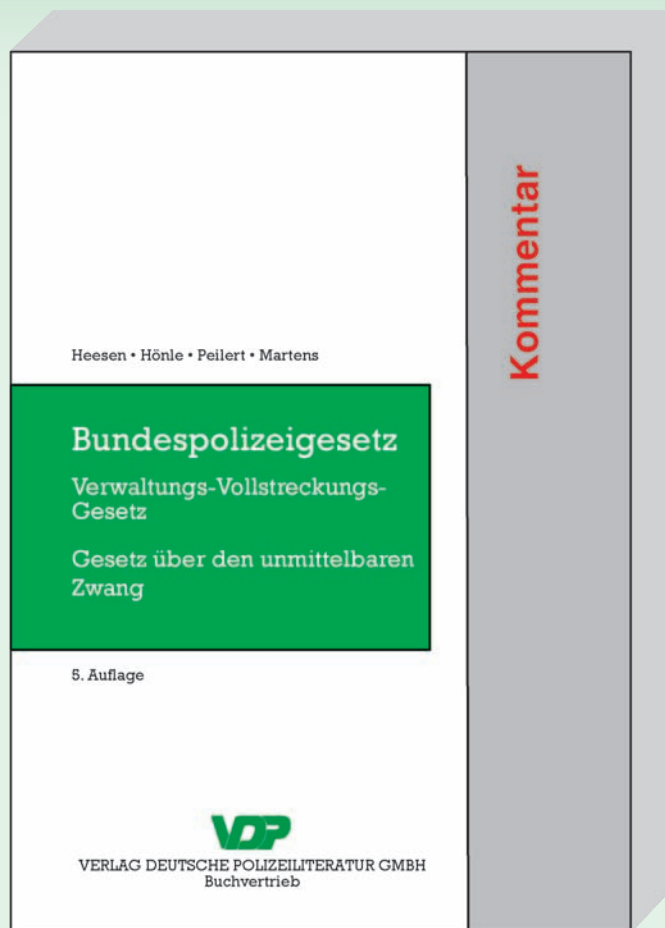
Unter Mitarbeit von  
**Ralf Gnüchtel, Friedrich-Alexander Hoppe,**  
**Cornelia Mehrings** und **Steffen Richter**

5. Auflage 2012,  
1496 Seiten, DIN A 5,  
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung,  
79,90 EUR [D]  
ISBN 978-3-8011-0590-7

Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Das Werk wurde für die nunmehr 5. Auflage von den Autoren komplett überarbeitet und aktualisiert. Dabei orientieren sie sich in Aufbau und Inhalt an den Voraufgaben, die maßgeblich durch Professor Dietrich Heesen, der zugleich eine der herausragenden Persönlichkeiten des damaligen Bundesgrenzschutzes war, mitgeprägt wurden.

Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.



Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert. Hinweise auf ähnliche Befugnisnormen in anderen Rechtsgebieten ermöglichen zudem einen Überblick über den Inhalt vergleichbarer Regelungen.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## Neu in DP: QR-Code



Über sogenannte QR-Codes wird DEUTSCHE POLIZEI ab sofort den smart-schnellen Zugang zu thematisch weiterführenden Hintergrundtexten oder audio-visuellen Inhalten anbieten.

Im schwarzweißen Muster, dem Quick-Response-Code oder auch QR-Code, lassen sich beliebige Informationen einbetten, oft sind dort Internetadressen verschlüsselt.

Zum Decodieren genügen in der Regel ein Smartphone mit Kamera und eine spezielle Software.

Funktionierende Gratis-Apps sind sowohl im apple-App-Store und auch in Android-Shops zu finden: so beispielsweise die kostenlosen Applikationen „i-nigma“ oder „QR Droid“.

<b>KOMMENTAR</b> Gelassenheit	<b>2</b>
<b>FORUM</b>	<b>2/3</b>
<b>INNENMINISTERKONFERENZ</b> NPD-Verbotsantrag: Mit gemischten Gefühlen auf den Weg gebracht	<b>4</b>
<b>TITEL/ARBEITSSCHUTZ</b> Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird	<b>6</b>
<b>IM GESPRÄCH MIT DFB UND DFL</b> Gewalt schadet dem Ansehen des Fußballs	<b>22</b>
<b>WASSERSCHUTZPOLIZEI</b> Neue „Rheinpolizei“ soll kommen	<b>25</b>
<b>GdP INTERN</b> Frank Richter verabschiedet	<b>26</b>
<b>INTERNATIONALES</b> EuroCOP-Sitz in Brüssel verstärkt Einfluss auf politische Entscheidungen	<b>27</b>
<b>GESELLSCHAFT</b> Respektfähigkeit und Meinungsfreiheit	<b>30</b>
<b>PRÄVENTION</b> Investition in die Zukunft	<b>34</b>
<b>BUNDESWEITE SAMMLERBÖRSE</b>	<b>37</b>
<b>JUNGE GRUPPE (GdP)</b>	<b>38</b>
<b>DGB-REISEN</b> Auf und davon!	<b>40</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>





## Gelassenheit

Es wäre gut, wenn mit der Empfehlung der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) und dem Antrag der Ministerpräsidenten, die Verfassungsmäßigkeit der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu prüfen, die Diskussion um Sinn oder Unsinn eines NPD-Verbotsverfahrens, ein vorläufiges Ende findet. Zuletzt drohte diese Diskussion, Gegner und Befürworter in gute und schlechte Demokraten

aufzuspalten. Festzustellen ist: Wer seine Skepsis gegenüber einem NPD-Verbotsantrag geäußert hat, ist nicht automatisch in die rechte Ecke zu stellen. Wer den NPD-Verbotsantrag glühend verfochten hat, ist nicht automatisch ein lupenreiner Demokrat.

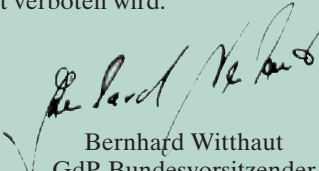
Die Bedenken der Skeptiker

sind nach wie vor schwergewichtig. Ein Scheitern des Verbotsantrages könnte die rechte Firma mit dem Prädikat: „BVerfG geprüft“ adeln. Sie wird es mit Sicherheit benutzen. Ein Erfolg wiederum würde die Arbeit für Polizei und Nachrichtendienste in vielerlei Hinsicht nicht einfacher machen. Wie der Hydra aus der griechischen Mythologie würden viele Schlangenköpfe aus dem einen, abgeschlagenen, erwachsen und vielleicht schwerer zu beobachten und zu überwachen sein. Mehr als 30 Neonazi-Organisationen sind in den vergangenen Jahrzehnten verboten worden und es ist zu vermuten, dass sich eine erkleckliche Zahl lediglich immer neu- und umgetauft hat. Auch die Gründe der Befürworter sind nach wie vor stichhaltig: Denn die NPD ist gefährlich, wie Wolfgang Kapust, Rechtsextremismus-Experte des WDR resümiert: „Sie kämpft dafür, die Grundpfeiler der Demokratie zu beseitigen, mit nationalistischer Propaganda und übelster rassistischer Hetze. Sie provoziert auf der Straße,

sie versucht Parlamente lächerlich zu machen, auch getarnt als Biedermänner. Gefährlich ist die NPD auch, weil sie gewaltbereite Neonazis an sich bindet, die glühende Verehrer der Hitler-Nazis sind. Selbst höchste NPD-Funktionäre praktizieren in SA-Manier das Faustrecht, sie treten auf politische Gegner ein. Etliche Parteiführer sind einschlägig vorbestraft, auch wegen Volksverhetzung, sie predigen Hass gegen Zuwanderer und Juden. Und finanziert wird ein großer Teil aus Steuern.“

Dennoch: Bei einem Scheitern des Verbotsantrages vor deutschen oder europäischen Gerichten geht die Welt ebenso wenig unter, wie ein Verbot der NPD allein geeignet wäre, den Rechtsextremismus in Deutschland nachhaltig zu beseitigen. Auch ist, wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, sagt: „Ein Verbotsantrag (...) keine innenpolitische Mutprobe und kein antifaschistischer Lackmest.“ Wie es auch ausgeht: Gelassenheit und Selbstbewusstsein sind angesagt.

Um rechtem Gedankengut den Nährboden zu entziehen, ist praktische Politik und Überzeugungsarbeit notwendig. Dazu gehört neben vielem, dass der Rückzug des demokratischen Rechtsstaates und seiner Institutionen aus der Fläche und bestimmten sozialen Milieus gestoppt wird. Dazu gehört, dass die Sorgen und Alltagserfahrungen der Menschen nicht ignoriert werden und ihre Artikulation nicht allein den Rechten überlassen werden darf. Dazu gehört auch eine zivilisatorische Distanz zum politischen Geflügelsalat, wie er in einer Fülle von „Studien“ zubereitet wird, die den Rechtsextremismus in „der Mitte der Gesellschaft“ ankommen sehen. Man kann sein Unglück auch herbeireden. Bei einem Verbot der NPD werden Rechte nicht scharenweise geläutert, ebenso wenig, wie Millionen in diese „Partei“ eintreten werden, wenn sie nicht verboten wird.

  
Bernhard Witthaut  
GdP-Bundesvorsitzender

## Zu: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, DP 12/12

Es ist sehr gut, das von Ihnen zu diesem Thema berichtet wird, da viele meiner Kollegen und ich selbst in der Misere stecken, dem Dienstherrn und der Familie gerecht zu werden zu wollen.

Der deutliche Arbeitsdruck, der von Jahr zu Jahr stärker wird, betrifft natürlich alle Väter und Mütter, die als Polizeibeamte tätig sind.

Ich selbst bin immer wieder davon betroffen, dass ich zu allen Tages- und Nachtzeiten Dienst verrichten muss, den ich nicht geplant habe und deshalb mein Kind (10 Jahre) allein zuhause lassen muss.

Ich frage mich dann, ob die Belange des Polizeipräsidenten hinter meiner Erziehungs- und Betreuungspflicht als Mutter zurückstehen und was mir in dieser Misere für Möglichkeiten bleiben.

Spreche ich meine Vorgesetzten darauf an, werde meine Anliegen zurückgewiesen, da ja so viele Kollegen erkrankt oder im Urlaub sind und einfach niemand da ist, der noch zu verplanen wäre.

Bei allen Bemühungen des DGB, der Gewerkschaft und insbesondere der Frauengruppe, die ich sehr schätze, fordere ich einfach mehr Personal auf den Abschnitten, damit der Dienst wieder planbar und damit familienfreundlicher wird.

*Susanne Ruskowski, Berlin*



Ich habe letzte Woche die aktuelle Ausgabe der DP und das wunderbar aufbereitete Titelthema Vereinbarkeit gesehen. Ich bin ganz begeistert davon. Ich wollte mich gerne bei Euch bedanken, dass Ihr auch dem Thema Familienernährerinnen dabei eine Rolle habt zukommen lassen. Den Beitrag von Erika Krause-Schöne finde ich toll. Ich habe keine Kontaktdaten von ihr, aber auch Ihr ein expliziter Dank.

Im Rahmen der Steuerungsgruppensitzung des Projektes, in der Vertreterinnen des Bundesfamilienministeriums sowie jeweils eine Vertreterin aller Mitgliedsgewerkschaften sitzen, haben wir ebenfalls die Ausgabe der DP präsentiert und vertretungsweise für Euch viel Lob erhalten – das ich hiermit gerne weitergebe.

*Katrin Menke, DGB*

## Zu: Krawallen in Fußballstadien

Nun ist es wieder zu Krawallen in den Fußballstadien gekommen. Wie lange will



sich unser Staat das noch ansehen, dass jede Menge Polizeibeamte eingesetzt werden müssen, zu Lasten der Steuerzahler und zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen. Es fallen immer mehr Überstunden an, die abgegolten werden sollen, was aber immer unmöglicher wird. Also müssen die Überstunden bezahlt werden.

Wann wird unser Staat endlich wach und bittet die Vereine zur Kasse. Die Vereine müssen endlich genügend aber auch ausgebildete Sicherheitskräfte in den Stadien haben. Die Vereine zahlen für die Spieler Millionen, da soll kein Geld vorhanden sein, um genügend Sicherheitskräfte bereit zu stellen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen Ihren Körper hinhalten und letztendlich wird ihnen noch vorgeworfen, dass sie nicht mit so roher Gewalt vorgehen sollen.

Macht endlich Schluss mit dem Hinhalten der Köpfe unserer Kolleginnen und Kollegen, man darf sich nicht immer hinstellen und sagen für die Sicherheit ist die Polizei da.

**Horst Geier, Edemissen**

### Zu: Nicht Rocker, sondern Outlaw, DP 11/12

Ich habe mir diesen Monat einmal die Mühe gemacht und mir einen Bericht aus der Monatszeitschrift der GdP durchgelesen. Ich arbeite in Krefeld und dieses Thema beschäftigt mich im täglichen Dienst zunehmend mehr.

Bei der Lektüre ist mir aufgefallen, dass auf Seite 23 eine Passage (unter „Letztlich nur Ortsvereine“) steht, über welche ich vor kurzem einen TV-Bericht gesehen habe. Zugegeben der Bericht des Spiegel-TV-Magazin-Teams hat mich aufgeregt, weil er diesen Kriminellen ein Sprachrohr gibt und sie als Opfer dastehen lässt. Ganz furchtbarer Bericht.

Jedoch wurde in dem Beitrag gesagt, dass es sich bei dem „Aussteiger- Kronzeugen“ eben nicht um eine vertrauenswürdige Quelle handelt.

Ich kann nicht sagen, ob es sich bei dem Bericht um die Wahrheit handelt oder ob auch dieser mit Fehlern behaftet ist. Mir scheint es aber so, als ob diesbezüglich von Ihnen keine Recherche durchgeführt worden ist. Wir sollten diesen Menschen keine noch so kleine Möglichkeit geben, uns in irgendeiner Form angreifen zu können.

**Paul Lüdecke, per E-Mail**

### Zu: Pressemeldung vom 19.10.2012, GdP beklagt Urteil gegen Murat K. als „zu milde“

Das Urteil gegen Murat K. ist nicht „zu milde“, es ist eine Unverschämtheit. Die Hauptverantwortliche für derartige Urteile geriert sich permanent als liberale Lichtgestalt dieser Republik und hat seit Jahren nichts unternommen, um gefährliche und unbelehrbare Straftäter dauerhaft hinter Schloss und Riegel zu bringen. Diese Person sollte von der GdP und ihren Pressesprechern aufgefordert werden, ihr Engagement für den Täterschutz endlich zu beenden. Soll sich doch Frau Leutheusser-Schnarrenberger bei den so genannten Demonstrationen mal vor Ort einen Eindruck verschaffen, anstatt immer nur vom wohlbehüteten Sessel der Regierungsbank den Datenschutzapostel zu spielen. Nicht nur die Polizisten, auch die Bevölkerung ist wütend über die Untätigkeit der Politik im Hinblick auf die zunehmende Brutalität vieler „Mitbürger“.

**Andreas Haupt, per E-Mail**

### Zu: 25 Jahre Polizistenmorde Startbahn West, DP 11/12

Ich wurde im Oktober 1981 als Polizeioberwachmeister von der BPA in Enkenbach-Alsenborn mit anderen jungen Kollegen zur Startbahn West beordert. Als blutjunger Berufsanfänger im gerade begonnenen 2. Ausbildungsjahr erlebte ich die Startbahn von Anfang an mit und sah mich dort schon am ersten Tag mit einer Gewalt konfrontiert, die ich vorher in dieser Form nie erlebt hatte. Das Wechselspiel zwischen friedlichen Demonstranten, mit denen ich reden konnte und den gewaltbereiten Autonomen, die aus der 2. und 3. Reihe alle möglichen Dinge auf uns warfen oder uns mit Zwillen beschossen, war eine enorme psychische Belastung. Wir wurden für diesen Einsatz ungenügend vorbereitet und aus heutiger Sicht verheizt. Ich hatte mir den Polizeiberuf so nicht vorgestellt. Schon damals fühlten wir uns als Prügelknaben der Nation und von der Politik im Stich gelassen. Ich musste dort alles erleben: Ich stand mit der Gasmasken auf dem Kopf und dem Schutzschild in der Hand unter dem CS-Wasserstrahl des WaWe, während Autonome über mir auf einem Turm bei unserem Vordringen ins

Hüttendorf versuchten, mich mit einem Strick aufzuhängen. Später rutschte ich in die dort angelegten Fäkaliengruben, usw., usw. Als die Kollegen Eichhöfer und Schwalm ermordet wurden, kam bei mir alles wieder hoch und ich dachte: „Es hätte in den ersten Tagen auch mich treffen können“.

Gewalt gegen Polizeibeamte war immer schon ein Thema, aber ich habe den Eindruck, die Gewaltspirale gerät außer Kontrolle. Viel zu viel Kollegen werden verletzt! Ich selbst bin im Laufe meiner Dienstzeit mehrere Male in diese Gewaltspirale geraten und kann heute nicht mehr in den Außendienst. Ich würde diesen Beruf nicht mehr wählen.

**Hans-Werner Göritz, per E-Mail**

### Zu: Ins Gedächtnis gebrannt, DP 12/12

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaut Euch bitte mal in Heft 12/12 in dem Artikel „Ins Gedächtnis gebrannt“ – über die sogenannten Startbahnmorde von 1987 – das Foto etwas genauer an. Während der hessische Innenminister einen Kranz niederlegt, salutieren beim Gedenken die beiden Kollegen im Vordergrund zu Ehren der toten Kollegen. Von den Gästen im Hintergrund und hier insbesondere von den vielen Kollegen in Dienstbekleidung salutiert aber leider nur ein Kollege. Alle anderen schauen ziemlich teilnahmslos. Irgendwie beschämend, meine ich – wenn man an die erschossenen Kollegen denkt!

Ich bin gewiss kein Militär-Anhänger, aber dies würde es bei der Bundeswehr, aber auch bei der Bundespolizei nicht geben!

**Bernd Odendahl, KG Düsseldorf**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de



# NPD-Verbotsantrag: Mit gemischten Gefühlen auf den Weg gebracht

**W**ährend vor dem Hotel Neptun eine Handvoll Anhänger der rund 6.300 Mitglieder „starken“ NPD das große Medienaufgebot für seine Zwecke zu nutzen versuchte, gingen drinnen Gerüchte über den Beratungsverlauf von Hand zu Hand: Hessen wolle sich enthalten, auch das Saarland äußere Bedenken. Gefasst wurde der Beschluss dann einstimmig, der Bund, Hessen und das Saarland verwiesen allerdings in einer Protokollnotiz darauf, dass sie bei einem neuen Verfahren erhebliche Risiken sähen. Das machte es den Verfassungsorganen, Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung auch nicht leichter, denn die Risiken sind lange bekannt.

## Lehren aus dem Scheitern gezogen

Der bisherige IMK-Vorsitzende Lorenz Caffier, der sein Amt im neuen Jahr an den Niedersachsen Uwe Schünemann weiterreicht, ist aber überzeugt: „Wir können mit öffentlich zugänglichen Beweismitteln belegen, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist. Ziel der NPD ist, in aggressiv-kämpferischer Weise unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung abzuschaffen.“

Aus dem gescheiterten ersten Verbotsverfahren im Jahr 2003 hatte man Lehren gezogen und am 1. April 2012 alle V-Leute in den Führungsgremien der NPD abgeschaltet. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2003 verlangt, das Material für einen Verbotsantrag müsse „staatsfrei“ sein. Dann begann eine sechsmonatige Zeit der Materialsammlung mit dem Ergebnis, dass über 1.000 Seiten Belege und Hinweise mit mehr als 2.500 Äußerungen für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung der NPD zusammengetragen werden konnten.

## Hausaufgaben sind gemacht

Caffier: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und alle juristischen Bedingungen erfüllt, die uns das Bundesverfassungsgericht 2003 ins Stammbuch geschrieben hat.“ Man sei nach dem Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ vorgegangen, so Niedersachsens Innenminister Schünemann: „Für mich ist nunmehr belegt,

**„Der heutige Beschluss der IMK zeigt: unsere Demokratie ist wehrhaft“, kommentierte sichtlich erleichtert der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, am Abend des 5. Dezember in Warnemünde, die einstimmige Empfehlung der Runde an die Ministerpräsidenten, den Verfassungsorganen Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung den Weg nach Karlsruhe mit dem Ziel anzutreten, die NPD vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verbieten zu lassen. Doch die Siegesgewissheit war nicht jedem ins Gesicht geschrieben.**

dass ein neuer Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD hinreichende Erfolgsaussichten hat.“ Es sei jetzt ein politisches Gebot, ein Verbotsverfahren einzuleiten, so Schünemann, und er fügt hinzu: „Nur so haben wir die Möglichkeit, diese rechtsextremistische Organisation von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.“ Seit 2002 hat die NPD laut offiziellen Rechenschaftsberichten rund 8,4 Millionen Euro vom Staat kassiert. 2009 bekam sie etwa zwei Millionen Euro, was circa 37 Prozent ihrer gesamten Einnahmen entspricht. Allerdings verlautet aus Expertenkreisen, dass die NPD vor der Pleite stehe.

Auch NRW-Innenminister Ralf Jäger begrüßte das Votum der Innenministerkonferenz für ein neues Verbotsverfahren als „klares Signal der Entschlossenheit im Kampf gegen den Rechtsextremismus“.

## Auch Kanzlerin sieht Risiken

Es sei wichtig, die Fehler des früheren Verfahrens nicht zu wiederholen, betonte dagegen der Bundesinnenminister. Zwar könne man aufgrund der „soliden Stoffsammlung“ – 80 Prozent des Materials, das die Landesinnenminister so überzeugend finden, hatte der Bund geliefert – auch das „aggressiv-kämpferische Vorgehen der Partei nachweisen“. Es gebe zudem Ver-

flechtungen mit gewalttätigen Rechtsextremisten und keinerlei Distanzierung der NPD von diesen Gruppierungen. „Eine bessere Materialsammlung hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben.“ Dennoch verwies er immer wieder auf die Risiken und bekam Unterstützung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die es selbst war, die nach der Aufdeckung der Mordserie der Terrorzelle NSU die Prüfung eines NPD-Verbotsverfahrens angeregt hatte: Ein juristischer Sieg muss nicht unbedingt auch ein politischer Erfolg sein.

## Kostenlose PR für die Rechten

Sichtlich unangenehm ist Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich die Vorstellung, dass eine „Partei die schon am Boden liegt“ im Verlauf eines möglicherweise mehrere Jahre dauernden Verfahrens sich ständig öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuen und Anhänger gewinnen könnte. Darauf setzt jedenfalls NPD-Chef Holger Apfel, der unweit der Innenministerkonferenz in Pampow nahe Schwerin eine für diese Partei seltene, aber – leider – gut besuchte Pressekonferenz abhielt. Wie auch immer die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts lauten wird, die NPD sieht sich jetzt schon als Profiteur. Verbietet das Gericht die Partei, zieht sie vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, was das Thema über weitere Jahre aktuell halten wird. Wird die NPD letztendlich doch verboten, macht sie unter anderem Namen weiter, Nachfolgeorganisationen stehen schon bereit. Außerdem, argwöhnt Friedrich, könnten Landtagswahlen in den kommenden zwei Jahren mit dem Verbotsthema befrachtet werden.

## Höhere Wahlergebnisse bei europäischen Nachbarn

Besonders 2014, wenn vor allem in den fünf neuen Bundesländern, neben drei Landtagen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, auch zahllose Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage gewählt werden. Während in den alten Bundesländern die NPD um die Ein-Prozent-Marke dümpelt, erreichte die NPD zuletzt in Brandenburg 2,6 v. H., in Thüringen 4,3 v. H., in Sachsen-Anhalt 4,6 v. H., in Sachsen 5,6 v. H.





und in Mecklenburg-Vorpommern sogar 6 v. H. Darüber würden die europäischen Nachbarn vermutlich schmunzeln. In vielen europäischen Ländern erringen Rechtsparteien mühelos weit über zehn Prozent. So beklagt selbst das rechte „Bündnis für Freiheit und Demokratie“ auf seiner Homepage, was allerdings hierzulande zwar nicht zum Jubel, sicher aber zu demokratischem Selbstbewusstsein Anlass gibt: „Im europaweiten Vergleich hinkt Deutschland mit einer neuen freiheitlichen, patriotischen Kraft allerdings noch deutlich hinterher.“

### Mit gemischten Gefühlen auf den Weg gebracht

Der Verbandsantrag gegen die NPD wird mit gemischten Gefühlen auf den Weg gebracht werden. Politiker wie zahllose Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verfassungsschutzämtern der Länder und des Bundes haben getan, was möglich war. Kritiker wie Befürworter des Antrags eint die Abscheu vor rechtsradikalem Gedankengut und rechtem Terror. Gegenüber der Presse sagte der Bundesvorsitzende

ten und Anschauungen mit der Größe der Städte und Kommunen abnimmt, muss erkannt werden, dass ländliche Strukturen auch wegen des häufig damit verbundenen Rückzugs demokratischer Akteure für eine rechtsextreme Subkultur besonders anfällig sind. Gerade in ländlichen und kleinstädtischen Bereichen droht in den Abend- und Nachtstunden die Übermacht an jungen Menschen mit rechtsextremen Überzeugungen. In einigen Gegenden ist diese Übermacht Realität. Wenn der Rechtsstaat sich aber gerade in diesen Situationen unbeeindruckt zeigen soll, muss er wachsam und einsetzbar sein“, heißt es in dem GdP-Positionspapier „Rechtsextremismus, eine anhaltende Gefahr für die Demokratie umfassend bekämpfen“.

### Keine „braune Übermacht“ dulden

Darin ein Aspekt unter vielen: „Wenn die politisch Verantwortlichen die Polizei im ländlichen Bereich personell immer weiter ausdünnen, weil die Kriminalstatistik vermeintliche Sicherheit suggeriert, dann bereiten sie den Boden für eine rechtsextreme

um zeitnah und mit entsprechendem Druck ermitteln zu können. Bernhard Witthaut: „Auch um das Unwesen und Treiben der Neonazis zu unterbinden, die sich in Ortschaften zusammenrotten, nachts Fackelzüge veranstalten und die Bewohner ängstigen, brauchen wir genügend Polizei. Der Rückzug der inneren Sicherheit aus der Fläche muss ein Ende haben.“

### Ausgrenzung ist keine Lösung

Auch wenn der Umgang mit rechtsextrem gesonnenen Menschen schwierig ist, muss er geübt werden. In dem GdP-Strategiepapier heißt es weiter: „Eine gesellschaftliche Strategie, die ausschließlich auf Ausgrenzung und Abschottung selbst gegenüber denjenigen setzt, die sich von Rechtsextremismus losgesagt haben, ist nicht richtig. Studien zur De-Radikalisierung des Bundeskriminalamts geben wichtige Hinweise, wie eine Gesellschaft auch Menschen mit gewaltbereiten, radikalen und undemokratischen Grundüberzeugungen integrieren kann. 10.000 gewaltbereite Rechtsextremisten mit steigender Tendenz in Deutschland sind für



Rede und Antwort standen die Innenminister nach ihrer Konferenz in Warnemünde den Medienvertretern. Von links: Holger Stahlknecht (CDU), Sachsen-Anhalt; Uwe Schünemann (CDU), Niedersachsen; Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfalen; Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und der amtierende IMK-Vorsitzende, Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU). Foto: Holecek

der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut: „Ein Verbandsantrag ist ein wichtiges Signal aller Demokraten, dass sie radikales und extremistisches Gedankengut verabscheuen. Um diesem Gedankengut den Nährboden zu entziehen, ist aber praktische Politik und Überzeugungsarbeit nach wie vor dringend notwendig.“

Immer wieder hat die GdP Wege aufgezeigt, dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen: „Während die Affinität der Bevölkerung zu rechtsextremen Inhal-

Subkultur, die sich in manchen Bereichen als Herrschaftsmacht selbst wahrnimmt. Die Polizei muss jederzeit personell und materiell so stark sein, dass sie aus dem Stand jeder gewaltbereiten Person oder Menschenmenge jedweder politischer Couleur angemessen begegnen kann.“ Die Polizei will keine „braune Übermacht“ wegen Personalmangels erdulden müssen. Eine wirksame Strafverfolgung ist auch davon abhängig, dass die Polizei vor Ort präsent ist und über hinreichend Personal verfügt,

die Gewerkschaft der Polizei Anlass genug, für eine kritisch Überprüfung der bisherigen Wege im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu werben.“ **Rüdiger Holecek**

**GdP-Positionspapier  
„Rechtsextremismus,  
eine anhaltende  
Gefahr für die  
Demokratie umfas-  
send bekämpfen“.**



## Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird

**D**er Arbeitsschutz bei der deutschen Polizei dürfe nicht in der föderalen Gemengelage zwischen Ländern und Bund auseinander dividiert werden, führte Bruchmüller fort. Es sei unübersehbar, dass die seit Jahren zunehmende Belastung seiner Kolleginnen und Kollegen zu immer mehr psychisch und zunehmend auch psychosomatisch bedingten Krankheitsfällen führe. Der starke Personalabbau und die erhöhten Anforderungen an Polizistinnen und Polizisten forderten einen hohen Tribut. „Wer noch nicht krank ist und den Laden mit hohem Einsatz am Laufen hält, nimmt ein erhebliches Risiko in Kauf, in die Überlastungsfalle zu geraten. Dieser offensichtliche Teufelskreis, der nicht nur die Polizei, sondern auch die Qualität der inneren Sicherheit schwächt, kann nur durch entschlossenes und einmütiges Handeln seitens der politischen Verantwortlichen durchbrochen werden.“ Bruchmüller appellierte an die zuständigen Ministerien, den Arbeitsschutz und das behördliche Gesundheitsmanagement nicht zu regionalisieren. Es dürften nicht die gleichen Fehler der Föderalismusreform wiederholt werden. „In den Ländern und im Bund werden Polizeibeamtinnen und -beamte bei Besoldung, Versorgung sowie Wochen- und Lebensarbeitszeiten mit vielerlei Maß gemessen. Das führt zu Frustration und Unzufriedenheit. Wenn jetzt Länder und Bund auch noch die Gesundheitsvorsorge nach Kassenlage und mit spitzem Stift regulieren, wird die soziale Schieflage in der Polizei noch weiter verstärkt. Das hat nicht nur verheerende Folgen für Polizistinnen und Polizisten, sondern wirkt sich konkret negativ auf die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern aus.“

### Hilferufe

Ins Eingemachte zielte vor allem die hochkarätig besetzte Podiumsrunde, die das Arbeitsschutzsymposium als letzter Höhepunkt perfekt abrunden sollte. Talk-Moderator Jörg Bruchmüller führte mit teils provokanten Fragen präzise durch die mittels Referenten-Vorträgen und Workshops voll im Stoff stehenden Expertinnen

**Intensiv, mit fachlichen Informationen und Einschätzungen dicht gepackt, auf den Punkt und konzentriert: Das IV. Arbeitsschutzsymposium der Gewerkschaft der Polizei mit dem Schwerpunkt „Burn-out – Psychische Belastungen am Arbeitsplatz“ Ende November 2012 in Potsdam hat den Fokus auf die engen Zusammenhänge zwischen der individuellen Ausgangslage des Mitarbeiters, der sozialen Beziehungen wie Unterstellungsverhältnisse innerhalb der Gruppe der Beschäftigten und der strukturellen Ausprägung der Behörde gelegt.**

**Vor dem Hintergrund der in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren, offenbar explosionsartigen Zunahme des Burn-out-Syndroms war es höchste Zeit, so Gastgeber und für den Arbeitsschutz verantwortliches Mitglied des GdP-Geschäftsführenden Bundesvorstands, Jörg Bruchmüller, das Phänomen des Ausbrennens und des Ausgebrannt-Seins sorgfältig zu beleuchten. Bruchmüller: „Das engagierte Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt mir, dass mit Klein-Klein-Spiel und dem Herumdoktern an Symptomen Niemandem geholfen ist. Psychische Belastungen am Arbeitsplatz gehören an die Spitze der Entscheider, und das sind im Falle der Polizei nun einmal die Innenminister und -senatoren.“ Bruchmüller forderte daher, die Expertengremien der Innenministerkonferenz um einen Arbeitskreis VII „Arbeitsschutz und Behördliches Gesundheitsmanagement“ zu erweitern.**



**„Psychische Belastungen am Arbeitsplatz gehören an die Spitze der Entscheider, und das sind im Falle der Polizei nun einmal die Innenminister und -senatoren“, forderte das für den Arbeitsschutz zuständige Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands Jörg Bruchmüller.**







*„Das macht was mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn eine Reform noch nicht verdaut ist und die nächste bereits ansteht. Man kommt nicht mehr hinterher, die Kollegialität geht mehr und mehr verloren“, sagte die Berliner Frauenvertreterin Barbara Prasch, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO). Aufmerksam hören zu: (v. l.) Polizeiarzt Dr. Christian Kühl aus München; Rüdiger Schwarz, Fachkraft für Arbeitssicherheit aus Kiel, Gastgeber Jörg Bruchmüller, Polizeidirektor Ralf Flohr, Burn-out-Lotse Volker Kleinert, Personalrat Lothar Hölzgen aus Hessen und die Münchner Polizeipsychologin Antje Götz-Bungarten.*

und Experten, die unterschiedliche Bereiche des Arbeitsschutzes bei der Polizei repräsentierten. So stellte Bruchmüller, der auch dem GdP-Landesbezirk Hessen vorsitzt, zunächst die These auf, ob mögliche Ursachen des Burn-out – speziell in der Polizei – in zunehmender Arbeitsverdichtung, Gewaltübergriffen auf Beamte, vielen Überstunden und belasteten Wochenenden lägen? Angesichts des zynischen Umgangs des Berliner Finanzsenators Dr. Ulrich Nußbaum mit der Belegschaft, so die Berliner Frauenvertreterin Barbara Prasch, stelle sich ihr zunächst die Frage, wie Begriffe wie „Vollzeitäquivalent“ und „Optimierungspotenzial“ auf die Mitarbei-

ter wirkten, die dabei tatsächlich auch das Kerngeschäft immer stärker aus den Augen verlören. Prasch „Das macht was mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn eine Reform noch nicht verdaut ist und die nächste bereits ansteht. Man kommt nicht mehr hinterher, die Kollegialität geht mehr und mehr verloren.“ Männer, so glaube sie, könnten da vielleicht besser abschalten. Frauen jedoch, die perfektionistischer an Aufgaben herangingen, litten unter dem schlechter werdenden Betriebsklima mehr. Rüdiger Schwarz, Fachkraft für Arbeitssicherheit aus Kiel, sah noch eine weitere Hürde: Es sei für einen Dienststellenleiter auch nicht leicht, über den Krankenstand

in seinem Bericht zu berichten. Insbesondere beim Punkt Prävention komme dann immer wieder die Frage auf, ob das nicht zuhause gemacht werden könne. Schwarz: „Bei acht Stunden Büro-Dienst und 16 Stunden Freizeit hilft es nun einmal nicht, wenn der Beschäftigte ein Drittel des Tages auf einem ergonomisch einwandfreien Stuhl sitzt und den Rest des Tages auf einer Bananenkiste.“ Es sei auch für ihn natürlich keine schöne Erfahrung, dass eine Gefährdungsbeurteilung im Rahmen einer Arbeitsplatzbegehung zumeist unter dem Siegel stattfinde. „Wenn der kommt, ist’s unangenehm und kostet Geld.“ Doch hinter verschlossenen Türen, oute sich schon der eine oder andere Kollege, auch was psychische Belastungen angehe.

**„Meine Kolleginnen und Kollegen senden mir nachts geschriebene E-Mails, sie rufen an, und sie rufen um Hilfe. Sie verlassen den Weg des Remonstrierens.“**

Lothar Hölzgen, Personalrat im Wiesbadener Polizeipräsidium, erfährt diese Probleme jeden Tag auf’s Neue. „Meine Kolleginnen und Kollegen senden mir nachts geschriebene E-Mails, sie rufen an, und sie rufen um Hilfe. Sie verlassen den Weg des Remonstrierens.“ Da sie keinen Erfolg verspürten, fehle Ihnen zunehmend der Mut. Vor allem unüberschaubare Vertretungsregelungen im Schichtdienst pie-sackten sie, es fehle die Planbarkeit.“

### Unüberschaubare Abläufe

Diese Einschätzung teilte auch Polizeipsychologin Antje Götz-Bungarten aus München. In der Organisationsentwicklung gebe es Nachholbedarf. Es dürfe nicht sein, dass manche Kolleginnen und Kollegen das Gefühl hätten, nur noch mitlaufen zu können. Es würde zu Verbitterung führen, wenn man als Funktionsteil nur noch von A nach B verschoben würde. Ihr Landsmann Dr. Christian Kühl, Polizeiarzt beim Ärztlichen Dienst der Bayerischen Bereitschaftspolizei, ergänzte, nicht die polizeiliche Aufgabenstellung sei problematisch, wohl aber die zeitliche Unüberschaubarkeit der Abläufe. Kühl: „Dazu kommt, dass die Polizei zunehmend Zielscheibe von Gewalt wird, verstärkt von einem gesellschaftlichen Werteverlust, der an Beispielen wie Stuttgart21 deutlich wird. Was wiederum von Polizeidirektor



*In der Organisationsentwicklung, so Polizeipsychologin Antje Götz-Bungarten aus München, gebe es Nachholbedarf. Es dürfe nicht sein, dass manche Kolleginnen und Kollegen das Gefühl hätten, nur noch mitlaufen zu können.*

Ralf Flohr vom Polizeipräsidium Kassel bestätigt wurde. PD Flohr, der die teils undankbare Rolle der Führungskraft in der Talk-Runde souverän einnahm, verwies jedoch in diesem Zusammenhang auf den momentan kaum auflösbaren Widerspruch des Wahrnehmens polizeilichen Handelns, auch innerhalb der Polizei. Flohr: „Jahr für Jahr kriegt die Polizei aus Umfragen bescheinigt, dass sie in der Bevölkerung ein hohes Vertrauen genießt. Auf der anderen Seite sinken die Hemmschwellen der Ge-

**Vorgesetzte müssen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstehen.**

walt gegen die Polizei. Das bleibt nicht in den Kleidern hängen.“ Polizeipsychologin Götz-Bungarten hielt dagegen: „Vorgesetzte müssen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstehen. Das passiert oft nicht. Sie ducken sich weg. Das Selbstbild der Kollegin, des Kollegen aber zerbricht daran.“ Personalrat Hölzgen brachte ein besseres Beschwerdemanagement ins Spiel: „Der Vorgesetzte blendet sich im



Konfliktfall aus, da wird nichts geklärt, indes sofort mit dem Disziplinarkatalog gewunken.“

### Hausaufgaben nicht gemacht

Burn-out-Lotse Volker Kleinert von der Polizei Mittelhessen (siehe DP 10/2012) erinnerte an die grundlegende Per-

sönlichkeitsstruktur vieler Menschen in sogenannten helfenden Berufen: „Wer nach Perfektion strebe und dafür gleichbleibende Anerkennung erwarte, kann auch enttäuscht werden: was zu Unzufriedenheit führt und was zu einem Burn-out führen kann.“

Moderator Bruchmüller lenkte die intensiver werdenden Beiträge nunmehr in die Richtung des Umgangs miteinander: Bloß keine Schwächen zeigen – Wie hoch

**Es fällt eben vielen Kolleginnen und Kollegen schwer, Hilfen anzunehmen. Das Weichei ist in der Polizei nicht vorgesehen.**

könne der Preis für ein längst fälliges Offenbaren psychischer Probleme sein? „Es fällt eben vielen Kolleginnen und Kollegen schwer, Hilfen anzunehmen. Das Weichei ist in der Polizei nicht vorgesehen“, sagte Frauenvertreterin Barbara Prasch.“ Volker Kleinert zeigte sich etwas optimistischer, immerhin komme die Funktion des Burn-out-Lotsen langsam in der Polizei an. Das sei aber nicht genug, führte Polizeiarzt Dr. Kühl fort. Der Arbeitgeber habe seine Hausaufgaben noch nicht gemacht. Bezogen auf psychische Erkrankungen gebe es keine Gefährdungsbeurteilungen. Es wäre schon eine guter Schritt, erst einmal jeden Einzelnen zur Selbstreflexion zu befähigen. Beim Begriff Weichei, habe er eine andere Wahrnehmung, grätschte Führungskraft Flohr dazwischen. „In der



*Konzentriert und aufnahmebereit zeigten sich die Teilnehmer des IV. Arbeitsschutzsymposiums der GdP.*





**Polizeidirektor Ralf Flohr vom Polizeipräsidium Kassel verwies auf intensive hessische Bestrebungen, das Thema Burn-out in der Polizeiführung breiter aufzustellen. ‚Timeout statt Burn-out‘ heiße es bei den regelmäßigen Führungskräfte-Treffen. Rechts neben ihm: Burn-out-Lotse Volker Kleinert.**

Behörde kommen einige offenbar aus der Deckung. Vor 15 Jahren hat sich auch noch niemand um Posttraumatische Belastungssyndrome gekümmert. Heute werden die Kolleginnen und Kollegen gezielt angesprochen.“ Das sei aber auch höchste Zeit, sprang Personalrat Hölzgen Burn-out-Lotsen Kleinert bei: „Wenn wir davon ausgehen, dass bei einem schweren Burn-out-Syndrom der Erkrankte kaum noch einen klaren Gedanken fassen kann und wir bei der Polizei Waffenträger im Einsatz haben, dann müssen wir diese Kolleginnen und Kollegen schützen.“

## **Systematisches Versagen?**

Wiederum nutzte Jörg Bruchmüller die noch prägnanter und plastischer werdende Debatte für eine letzte zuspitzende These: „Wie ist denn die Rolle der Führungsebene einzuschätzen? Gibt es dort ein systematisches Versagen oder sind Führungskräfte auch selbst betroffen?“ Kaum war die Frage ausgesprochen preschte PD Flohr nach vorn: „Wir sind bei dieser Problematik gerade erst am Anfang. Sensibilisierung und Information sind erste Pflicht.“ In der Fortbildung, beispielsweise an der Deutschen Hochschule der Polizei habe es in diesem Jahr zwei Veranstaltungen gegeben, bei denen der Burn-out zwar nicht explizit in der Headline untergebracht war, doch die Thematik behandelt wurde. Im nächsten Jahr sollen es mehr werden. „In Hessen hatten wir fünf oder sechs Stressmanagement-Seminare. Das Bewusstsein machen hat auch die Füh-

rukngkräfte erreicht, indem bei Treffen vermittelt wird: ‚Timeout statt Burn-out‘. Wir haben zwar noch keinen Masterplan, doch kommt es vor dem Hintergrund eines psychosozialen Netzwerks zu regulären Fall-Konferenzen.“ In Kassel habe man

**Die Führung gefällt sich als Säbelzahniger.**

einen „Raum der Ruhe“ eingerichtet und im Gesundheitssport denke man inzwischen über Tai Chi, Qigong und verwandte Bewegungs- und Entspannungstechniken nach. „Das ist noch alles ein zartes Pflänzchen, aber da bewegt sich was.“ Wasser in den Wein schüttete direkt Psychologin Antje Götz-Bungarten mit der in die Richtung Fortbildungsveranstaltungen gezielten Einlassung, dass allein die Teilnahme an Stressmanagement-Seminaren und die Kenntnis von Belastungsfaktoren und -szenarien noch nicht den Ausstieg aus dem

**Vertrauen, Ehrlichkeit, Ansprechbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung: Das kostet doch nichts!**

Hamsterrad bedeute. Für die Absolventen, die glaubten, es nun geschafft zu haben, komme ein schnelles Erwachen. „Kaum sind sie im Dienst zurück, wird gesagt, ganz toll, können wir aber nicht schaffen.“ Nach Ansicht von Barbara Prasch, gingen ja sowieso nur die in solche Seminare, die

es eigentlich gar nicht mehr nötig hätten. Viele andere sind da eher beratungsresistent: „Die Führung gefällt sich als Säbelzahniger.“

Dr. Kühl brachte es erneut auf den Punkt: „Wir müssen in den Bereich des behördlichen Gesundheitsmanagements investieren. Wir brauchen eine Aufgabenkritik. Schulden zu Lasten der Beschäftigten darf es nicht geben.“ Für Polizeidirektor Flohr müsse zudem in ein verbessertes Betriebsklima investiert werden, das dürfe auch gerne ein Wohlfühlklima sein: „Vertrauen, Ehrlichkeit, Ansprechbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung: Das kostet doch nichts!“

## **Psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch**

Mit Zahlen und erstem Hintergrund hatte GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut in seinen einleitenden Worten zum IV. GdP-Arbeitsschutzsymposium die rund 80 aus dem gesamten Bundesgebiet nach Potsdam angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf spannende



**Sind Burn-out-Kranke Drückeberger und Schwächlinge? „Mit solchen Fehlinterpretationen und zahlreichen anderen mehr, räumt die GdP hier und jetzt auf“, versprach GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut zu Beginn des Symposiums.**







## Akutklinik Bad Saulgau

Fachklinik und Poliklinik für  
Psychosomatische Medizin und  
Psychotherapie

### Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

### Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten

### Akutklinik Bad Saulgau

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie  
Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau  
Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400  
info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de

## Gemeinsam neue Wege gehen

Stärken entdecken durch multiprofessionelle Hilfe

Die AHG Klinik Lübeck bietet ein umfassendes Beratungs- und Behandlungsangebot für Menschen mit einer Suchtproblematik an.

Das Angebot umfasst das gesamte Behandlungsspektrum von der Beratung über Entzug und Entwöhnungsbehandlung bis zur Adaption und Nachsorge.

### » Leistungen:

Entwöhnungsbehandlung bei Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit (stationär und ambulant); ambulante Nachsorge; stationärer Entzug; Beratung; Raucherentwöhnung.



AHG Klinik Lübeck

### Information und Beratung

fon +49 451.5894-226

www.ahg.de/luebeck



### Vital-Kliniken GmbH Klinik Buchenholm

- Innere Medizin
- Kardiologie
- Orthopädie
- Psychosomatik/PTBS

Plöner Straße 20  
23714 Bad Malente  
Tel.: 04523-987-0  
Fax: 04523-987-520  
info.buchenholm@vital-kliniken.de

## KLINIK BUCHENHOLM BAD MALENTE

Das innere Gleichgewicht  
wieder finden...

WWW.VITAL-KLINIKEN.DE





**Die große Spannweite der Definition des Burn-out erschwere die Abgrenzung von verwandten Phänomenen psychischer Belastungszustände und Erkrankungen, erläuterte Diplom-Gesundheitswirtin Dr. phil. Dagmar Arndt in ihrem Vortrag zum Verständnis von Burn-out.**

zwei Tage eingestimmt: „Neben den fast schon traditionell zu nennenden Erkrankungen des Bewegungsapparats sowie der Atemwege, rangieren die psychischen Erkrankungen bei den Arbeitsunfähigkeits-tagen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Platz drei der Rangliste, wenn man an dieser Stelle die Unfälle ausklammert. Die Techniker Krankenkasse (TK) berichtet in ihrem aktuellen Jahresbericht über eine wiederholte Steigerung der Fehlzeiten aufgrund der Diagnose einer psychischen Störung um deutliche 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.“ Betrachte man nun die Fälle von Arbeitsunfähigkeit (AU) je 100 Versicherten nach ICD-10-Diagnosekapiteln, so Witthaut, sei festzustellen, dass psychischen Störungen und Verhaltensstörungen in der TK-Statistik auf Rang 8 (Männer) beziehungsweise 6 (Frauen) zu finden seien. Bei den AU-Tagen, führten beide Geschlechter das Ranking gegenüber allen anderen aufgeführten ICD-Gruppen mit deutlichem Abstand an. Der GdP-Bundesvorsitzende: „Die psychischen Erkrankungen setzen offenbar ihren Vormarsch fort.“

Die Wissenschaft habe vorgelegt, indem sie dem Burn-out den Status einer eigenständigen Krankheit verweigert hat. Die Unterbringung im Z-Schlüsselbereich sei geradezu geeignet, diejenigen auf den Plan zu rufen, die schon immer der Auffassung waren, das seien alles Drückeberger und Schwächlinge. Witthaut: „Mit solchen Fehlinterpretationen und zahlreichen anderen mehr, will die GdP hier und jetzt aufräumen. Denn die psychische Belastung am Arbeitsplatz ist da und sie schadet der

Qualität der Arbeit und dem Wohlbefinden unserer Kolleginnen und Kollegen.“

### **Verbindliches Diagnoseklassifikationssystem**

ICD, die Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (im englischen: International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) ist das weltweit anerkannte

Standard-Instrument eines medizinischen Diagnoseklassifikationssystems, erklärt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf ihrer Internetseite. Die aktuelle, international gültige Ausgabe ist ICD-10, Version 2011, ICD 11 werde momentan noch entwickelt. Das Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders (Diagnostisches und Statistisches Handbuch Psychischer Störungen, DSM) ist ein Klassifikationssystem der American Psychiatric Association (Amerikanische Psychiatrische Vereinigung), die es erstmals 1952 in den USA herausgegeben hat und als Ersatz oder Ergänzung für die jeweiligen Passagen im ICD-10 genutzt wird.

Für deutsche Ärzte und ärztlich geleitete Einrichtungen, die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen, besteht nach dem Paragraphen § 295 „Abrechnung ärztlicher Leistungen“ des Sozialgesetzbuchs (Fünftes Buch) die Verpflichtung Diagnosen nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der jeweiligen vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung herausgegebenen deutschen Fassung zu verschlüsseln.



**GdP-Arbeitsschutz-Experte Jörg Bruchmüller (rechts) führte die hochkarätig besetzte Podiumsrunde mit teils provokanten Fragen in eine engagierten Debatte. Polizeiarzt Dr. Christian Kühl hielt sich mit dezidierten Beiträgen nicht zurück.**





**Aufklärung über spezifische Methoden der Behandlung psychosomatischer Erkrankungen am Info-Stand.**

### In der Bundesverwaltung angekommen

Das Thema „psychische Belastungen“ scheine nunmehr auch in der Verwaltung des Bundes angekommen zu sein, führte Witthaut fort. Das gelte zumindest für manche Einrichtungen beziehungsweise Behörden, die erkannt hätten, dass es gerade an dieser Front bereits lichterloh brenne. Unterdessen breche sich auch die Erkenntnis darüber Bahn, auf welcher Ebene, die Bekämpfung der mannigfaltigen psychischen Belastungen angesiedelt sein müsse. Im Gesundheitsförderungsbericht 2010 stehe, „Führung und Gesundheit stehen im unmittelbaren Zusammenhang: Beschränkt sich das Führungsverhalten lediglich darauf, zwingende gesetzliche Vorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes umzusetzen und einzuhalten, wird sich auch die Gesundheitsförderung auf die klassischen Bereiche beschränken“. Würden Führungskräfte hingegen als „Ressourcenmanager“ tätig, bekämen sie soziale, organisatorische und personale Gestaltungsmöglichkeiten, die über gesetzliche Verpflichtungen hinausgingen. Sähen sie sich daraufhin in Vorbildfunktion, dann erwüchsen hieraus weitere Einflussmöglichkeiten. Die Polizei tue gut daran, appellierte der GdP-Vorsitzende, sich an der Großindustrie zu orientieren. Dort funktioniere der Arbeitsschutz reibungslos. Witthaut: „Krankheitsbedingte Fehlstunden, unabhängig von deren Ursachen, beeinträchtigen den betrieblichen

Output. Um diesem Effekt entgegen zu wirken, wird in den Arbeits- und Gesundheitsschutz investiert. Und das zahlt sich aus.“ Er sehe nun die Behörden und auch die Politik in der Pflicht, dem Arbeitsschutz die Prioritätsstufe zuzugestehen, die er verdiene und damit natürlich auch die Beschäftigten. „Die Gewerkschaft der Polizei begleitet ernstgemeinte Projekte gerne und reicht dabei alle Hände, die verfügbar sind“, schloss der GdP-Bundesvorsitzende seine Begrüßung und zeigte sich zuversichtlich, dass die Erkenntnisse der intensiven Beratungen und Erörterungen die Gewerkschaft der Polizei im Themenbereich „Burn-out, Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement“ noch fitter und schlagkräftiger machen. Die Zuversicht des GdP-Bundesvorsitzenden war unterdessen berechtigt. Die Vorgaben hat das Symposium zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfüllt. Viele gaben positive Feedbacks und wünschten eine baldige Fortsetzung.

### Vielzahl an möglichen Parametern

Obwohl Burn-out in der Alltagssprache als auch in der wissenschaftlichen Forschung ein populäres und für den Einzelnen ein drängendes Phänomen sei, erläuterte Diplom-Gesundheitswirtin Dr. phil. Dagmar Arndt in ihrem Vortrag zum Verständnis von Burn-out, existiere bis heute keine einheitliche Definition für den Begriff. Allein 530 Fachartikel seien

übrigens in der jüngsten Zeit zum Thema erschienen.

Dem Konstrukt, so die diplomierte Gesundheitswirtin, würden in der Literatur zahlreiche affektive, kognitive, körperliche, motivationale und verhaltensbezogene Merkmale zugeschrieben. Zumeist werde Burn-out jedoch mit den Merkmalen Erschöpfung, Zynismus und nachlassendes Effizienzerleben definiert und empirisch untersucht. Diese Vielzahl an möglichen kennzeichnenden Parametern, so Dr. Arndt, die in diesem Jahr an der Freien Universität zu Berlin über das Thema: „Extremstress im Polizeidienst – Traumatische Erfahrungen und subjektiv wahrgenommene Traumafolgen unter Beachtung des Einflusses von Burn-out“ promoviert hatte, erleichtere die Abgrenzung von verwandten Phänomenen, auch mit Krankheitswert, insbesondere Depressionen, nicht. Seitdem 1998 132 Merkmale dem Burn-out zugeschrieben waren, habe sich die Zahl bis heute auf 160 erhöht. Arndt: „Burn-out selbst ist bisher nicht in den Diagnoseklassifikationssystemen ICD 10 und DSM IV als Psychische Störung mit Krankheitswert gelistet, wird jedoch zunehmend als Risikofaktor für die Ausbildung krankheitswertiger Beeinträchtigungen diskutiert.“

### Wieder in Mode

Burn-out sei heute in aller Munde, so Arndt weiter. Wie schon einmal in den 70er- und 80er-Jahren nutzten auch in jüngster Zeit: Nachrichten-, Mode-, Frauen-, Männer-, Wochen- und TV-Magazine „Burn-out“ als Aufmacher. Der Unterschied ist: Jetzt werde Burn-out im Zusammenhang mit jeder Berufstätigkeit, aber auch in natürlichen sozialen Beziehungen, also in Ehe und Partnerschaft, in der Pflege von Angehörigen oder in Freundschaften diskutiert. Auch das wissenschaftliche Interesse habe zuletzt wieder angezogen. In den zahlreichen zum Thema entstandenen Arbeiten werde Burn-out dabei mehrheitlich als arbeitsbezogene Fehlbeanspruchungsfolge beschrieben. Die Diskussion um das Phänomen sei unterdessen auch hier nicht mehr nur auf helfende Berufe beschränkt, sondern würde mittlerweile auf mehr als 60 Berufsgruppen ausgedehnt: Eine davon ist auch die Gruppe der Einsatzkräfte in der polizeilichen Gefahrenabwehr.

### Kein Konsens

Über die Ursachen von Burn-out, so





## ARBEITSSCHUTZ

sagte Arndt, herrsche kein Konsens. Nicht geklärt sei die Frage, ob Burn-out ein Prozess oder eine Zustand sei. In der Mehrzahl der Veröffentlichungen seien aber stressrelevante Rahmenbedingungen des Arbeitslebens als Ursachen des Auftretens von Burn-out belegt. Persönlichkeitspezifische Einflüsse könnten jedoch nicht ausgeschlossen werden, wengleich ihr Einfluss deutlich geringer sei, als in den Anfängen der Burn-out-Forschung angenommen wurde. Arndt: „Die Diskussionen um die Merkmale, Ursachen und den Krankheitsstatus von Burn-out erschweren zudem ein gestuftes Angebot von Burn-out-spezifischen Prä-



**Kontroverse Debatten schon während der Workshops.**

ventionsmaßnahmen und Interventionen. Die bisherigen Empfehlungen decken das gesamte Spektrum psychosozialer Maßnahmen ab. Sie setzen insbesondere am Individuum an, weniger an der Veränderung stressrelevanter Rahmenbedingungen der Arbeit.“ Dadurch könnte, so die Magdeburger Gesundheitswirtin, die Chance einer gelingenden Wiedereingliederung in das Berufsleben verpasst werden, wenn Burn-out im Einzelfall zur Ausbildung einer krankheitswertigen Störung beigetragen habe.

Angesprochen auf die mögliche Verschärfung der Zahlen der vom Bundesinnenministerium beauftragten Beerlage-Studie vom Herbst 2009, nach der rund ein Viertel aller Bundespolizeibeschäftigten unter erheblichen psychischen Belastungen am Arbeitsplatz leiden, wollte die Wissenschaftlerin eine Zunahme nicht ausschließen. Arndt: „Burn-out ist kein ausschließliches Problem der wenig-Belastbaren, es kann auch an der Organisation liegen“

### Rund um Burn-out

Googelt man den Begriff „Burn-out“ werden rund 55 Millionen Treffer angezeigt, das Wort „Entspannung“ bringt es gerade einmal auf die Hälfte. Der 2007 als Gegenstück zum Burn-out bekannt gewordene „Bore-out“ liegt noch deutlich unter drei Millionen Treffern. Die Bore-out-Erkrankung wird übrigens auf berufliche Unterforderung, Desinteresse und Langeweile zurückgeführt. Etwa zweimal im Monat wurde Burn-out in diesem Jahr im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der ARD ausführlich thematisiert. In den Duden geschafft hatte es das „Burn-out-Syndrom“ erst zur Jahrtausendwende, die Kurzform Burn-out sogar erst ab der 25. Auflage im Jahr 2009. In dem Bemühen den Leserinnen und Lesern von DEUTSCHE POLIZEI eine einheitliche Schreibweise zu präsentieren, folgt die DP-Redaktion der Empfehlung des Dudens zum „Burn-out“.

Und der US-Arbeitswissenschaftler Richard Bolles sagte einst: „Burn-out ist wie Pornographie – ich bin nicht sicher, ob ich es definieren kann, aber wenn ich es sehe, weiß ich, was es ist.“

### Workshop-Vielfalt

Über die etwas unscharfe Begrifflichkeit des Burn-out und den wissenschaftlichen Forschungsstand umfassend informiert, verteilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des IV. GdP-Arbeitsschutzsymposiums auf drei Workshops, in denen ihnen rollierend unterschiedliche Burn-out-Therapieansätze vorgestellt wurden: die klassische Psychotherapie, die alternative Psychotherapie und das Psycho-Coaching. Dabei erlebten die Kolleginnen und Kollegen drei sehr unterschiedlich präsentierende Experten, deren facettenreiche und kurzweilige Vortragskunst die über mehr als drei Stunden andauernden und nahezu Pausen freien Arbeitsgruppen teils wie im Fluge vergehen ließen. Die besprochenen Methoden jedoch teilten eine Schnitt-




**Der neue COP®-Katalog - ab 1.1.2013 erhältlich!**

**COP® Specials Januar / Februar 2013** \*Gültig vom 20.12.12 - 28.2.13

**1 Einsatzstiefel adidas® GS69.7**  
**Art.-Nr. 85G62307-Größe UK**  
 Farbe: schwarz  
 Größen: (EU 36 - 50)  
 UK 3,5 - 14  
 Verfügbar in 1/2 Größen  
 Mittelhoher, leichter und zugleich athletischer Stiefel. Er überzeugt durch einen besonders langlebigen und atmungsaktiven Schaft aus vollnarbigem Glatleder mit Meshmaterial und vollgedämpfter Sohle.

**Aktionspreis\*\* €119,90**  
statt 138,99\*



Größe UK	3,5	4	4,5	5	5,5	6	6,5	7	7,5	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	13,5	14
Größe EU	36	36,5	37,5	38	38,5	39,5	40	40,5	41,5	42	42,5	43	44	44,5	45,5	46	46,5	47,5	48	48,5	49,5	50

**2 Under Armour® Dauntless Rucksack**  
**Art.-Nr. UA12180205**  
 Größe: 48 x 33 x 18cm  
 Volumen: 25 Liter  
 Material: 100 % Nylon  
 Farbe: schwarz  
 Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißen Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite. Perfekte Größe für Handgepäck im Flugzeug.

**Aktionspreis\*\* €25,90**  
statt 34,99\*

**3 Under Armour® Boxershorts Core ColdGear®**  
**Art.-Nr. UA12038825-Größe**  
 Farbe: schwarz; Größen: S - XXXL  
 Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan. Eng anliegende Boxershorts ohne Eingriff.  
 Beininnenlänge 7" = 17,8 cm.

**Aktionspreis\*\* €29,90**  
statt 38,99\*

**4 Tactical Crew Under Armour® ColdGear® (schwarz)**  
**Art.-Nr. UA10055115-Größe**  
 (schwarz)  
**Art.-Nr. UA10055110-Größe**  
 (olivgrün)  
 Farben: schwarz und olivgrün  
 Größen: S - 3XL; Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan.  
 Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt mit ColdGear® Technologie, das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält.

**Aktionspreis\*\* €39,90**  
statt 58,99\*

**5 Taschenlampe COP® 8503N2 LED**  
**Art.-Nr. 18503N2**  
 Länge: 12,9 cm  
 Ø: 2,7 cm Körper; 3 cm Kopf  
 Gewicht mit Batterien: 127 g  
 Leistung: 230 Lumen  
 Leuchtdauer: 30 Stunden  
 Leuchtweite: 100 m  
 Lebensdauer der LED: 100 000 h  
 Betriebsdauer: bis zu 30 Stunden/Satz Batterien  
 3 x AAA Batterien im Lieferumfang enthalten!

**Aktionspreis\*\* €29,90**  
statt 48,99\*

**PASSENDES HOLSTER**

**6 Taschenlampenholster COP® 1406 Pro**  
**Art.-Nr. 21406**  
 Farbe: schwarz; Material: Nylon  
 Gepolstertes, hochwertiges Holster mit Klappe und Klettverschluss.

**Aktionspreis\*\* €9,90**  
statt 14,99\*

**7 Handschuh COP® DG205W Neopren Winter**  
**Art.-Nr. 320205W-Größe**  
 Größen: XS - 3XL  
 Farbe: schwarz  
 Außenmaterial: 50% Polyamid, 50% Polyester  
 Innenfutter: 100% Polyester  
 Handfläche aus ultradünnem, synthetischen Glatleder.  
 Antirutsch Einsätze an den Fingerspitzen - nicht am Zeigefinger, da hier viel Gefühl gefragt ist.

**Aktionspreis\*\* €19,90**  
statt 29,99\*

**Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)**

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweiltenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

\*\*\* ehemaliger Verkaufspreis  
 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.  
 \*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2012 bis 28. Februar 2013

menge: eine frühkindliche oder zumindest frühere Erfahrung als (zunächst) unterbewusster Auslöser eines für das Individuum in einer bestimmten Situation unangenehmen oder ängstigen Zustandes.

## Nicht für Burn-out schämen

Anzeige



**NaturaMed<sup>®</sup>**  
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

**Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

0 75 24. 990 - 222  
88339 Bad Waldsee  
[naturamed.de](http://naturamed.de)



**AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont**

Spezialklinik für Verhaltenstherapie  
Akademisches Lehrkrankenhaus  
der Medizinischen Hochschule Hannover

**Chefarzt:**  
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.  
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten Einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

**Kostenträger:**  
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenträgerbeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmeleiterin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: [pf@pyrmont.ahg.de](mailto:pf@pyrmont.ahg.de)

Sie finden uns im Internet unter: [www.ahg.de/pyrmont](http://www.ahg.de/pyrmont)  
Anschrift: Bombargallee 10, 31812 Bad Pyrmont

1974 war es der Psychoanalytiker Herbert J. Freudenberger, der das Konzept des Burn-outs ins Leben gerufen hatte, eröffnete der im Irak geborene Workshop-Leiter Ahmed Al-hafedh seinen Part zur klassischen Psychotherapie. Nach der Fachausbildung und Approbation als Psychologischer Psychotherapeut in Deutschland, gründete er eine Praxis für Psychotherapie in Potsdam und konzipierte ein präventivpsychotherapeutisches Konzept für Betriebe und Privatpersonen. Freudenberger habe, so Al-hafedh, damit ein Phänomen der Überforderung, Erschöpfung, Dysphorie (schlechte Stimmung) bis hin zu Resignation von hingebungsvollen Menschen, die in klinischen Institutionen arbeiteten, beschrieben. Damals schon deutete er, was heute immer deutlicher werde: „Burn-out ist eine Krankheit, die es dem Betroffenen erlaubt, krank zu sein, ohne sich dafür zu schämen.“ Doch Burn-out habe unterdessen längst andere Berufsgruppen erreicht. Hintergrund dafür sei die seit gut 30 Jahren explodierende Informationstechnologie. Es sei heutzutage schwer, nicht über alles informiert zu sein oder sein zu wollen. Auch auf betrieblicher Ebene habe sich eine Kommunikationskultur entwickelt, die für viele eine tägliche Herausforderung bedeute. Welche E-Mails, welche Memos und sonstigen Schriftverkehr soll ich wann und wie ausführlich beantworten? Al-hafedh: „Die eigentliche, inhaltliche Arbeit hat da noch gar nicht begonnen. Man könnte auch mal eine ganze Woche ganz gut gebrauchen, nur um seinen Schriftverkehr zu erledigen. Und es hört ja nicht auf.“



**„Wenn das Unsinnige und das Unerwünschte auf einmal Sinn macht, dann hat man den ersten wichtigen Schritt in Richtung Entlastung oder sogar Heilung geschaffen“, verdeutlichte Psychotherapeut Ahmed Al-hafedh in seinem Workshop zur klassischen Psychotherapie.**

nicht von heute auf gleich völlig erschöpft. Burn-out sei ein Zustand des „Ich kann nicht mehr“, bei dem die Ursache in einer kontinuierlichen, oft beruflichen Überbelastung zu finden ist: ein Zustand absoluter psychischer und physischer Erschöpfung. In psychotherapeutischen Kreisen, so Al-hafedh weiter, werde bei Begriffen wie Erschöpfung und Überbelastung an die Depression gedacht. Und tatsächlich: Ein Burn-out sei nämlich in vielerlei Hinsicht eine depressive Erschöpfung. Das vorhandene psychotherapeutische Instrumentarium für die Behandlung von Burn-out sei indes gegeben. Alle Stufen eines Burn-outs je nach Ausprägung und Erhalt der Funktionalität, könnten durch ambulante, teilstationäre oder stationäre Maßnahmen behandelt werden.

Nicht jeder aktuelle Auslöser, nicht jeder soziale oder berufliche Druck, würde jedoch jeden Menschen gleich beeinflussen. Daher orientierten sich die Diagnostik und Behandlung insbesondere bei psychoanalytischen Verfahren, wie die beiden anerkannten Richtlinienverfahren analytische und tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, stärker an der Persönlichkeitsstruktur des Patienten. Grundlegend sei dafür das Freudische Persönlichkeitsmodell der drei Komponenten „Es, Über-Ich und Ich“. Das „Es“, bringe die Lust ins Spiel, schilderte Al-hafedh. „Da diese Weintrauben auf dem Teller, die sehen so lecker aus, die will ich haben. Das ‚Über-Ich‘ dagegen

## Nicht von heute auf gleich ausgebrannt

Das „Ausgebrannt-sein“ durchlaufe mehrere Stufen, man sei ja schließlich





bremst die fast animalische Trauben-Gier und stellt eine moralische Instanz dagegen. Bezugspersonen aus der Kindheit haben dieses Über-Ich maßgeblich beeinflusst. Und jetzt ist das ‚Ich‘ an der Reihe und muss nun einen Kompromiss zwischen Lust und Wertevorstellung finden.“ Könne das Ich aber die widerstrebenden Interessen nicht mehr kompensieren, so bilde es Symptome aus.

Beim dritten anerkannten Verfahren, der Verhaltenstherapie, werde den begünstigenden Bedingungen einer Erkrankung mehr Beachtung geschenkt, versucht diese zu verändern und der Fokus stärker auf äußere Umstände gelegt. Verhaltenstherapeutische Ansätze bei Coaching und Beratern fänden daher weitaus mehr Anwendung als Techniken aus den psychoanalytischen Verfahren.

### „Druck allein macht nicht krank“

Al-hafedh: „Der aktuelle Auslöser ist bei tiefenpsychologischen Verfahren wich-

tig. Manche haben Flugangst, andere soziale Ängste, wieder Andere neigen dazu, sich zurück zu ziehen und pessimistisch zu sein. Auslöser einer Symptomatik ist aber selten nur ein äußeres Phänomen. Die Kombination zwischen dem Auslöser und dem Ausgelösten führt erst zu einem Symptom.“

Warum, so fragte der weltgewandte Psychotherapeut, der in der Schweiz und Österreich aufwuchs, sowie in den USA und im Libanon arbeitete, in die Runde, beschäftige man sich also nicht mehr mit sich selbst? Speziell gesundheitliche Probleme würden in unserer Gesellschaft aber nur zu gern nach außen verlagert. Dann müsse man sich nicht mehr selbst mit seinen Gefühlen, Bedürfnissen und Schwächen auseinandersetzen. Es werde quasi die einfache Lösung am Stammtisch gesucht.

Da aber psychoanalytische Verfahren unbewussten Motiven und Bedürfnissen auf der Spur seien, die früh in der Kindheit entstehen und in der psychischen Struktur des Einzelnen verpackt sind, bekomme

ein Symptom nur einen Sinn, wenn man die eigenen Bedürfnisse verstanden und bewusst gemacht habe.

Al-hafedh ließ offen durchblicken, dass die Aufgabe beim Burn-out gewiss nicht einfach sei. Existenzielle Bedürfnisse und gesellschaftliche Werte nach Anerkennung durch Leistung spielten da eine negative Rolle. Vor allem lauere die Angst davor, die Anerkennung, Liebe, und Zuwendung der Anderen zu verlieren: „Daher wird häufig eher die Beziehung zu sich selbst vernachlässigt und man rennt bis zum Umfallen anderen Dingen hinterher. ‚Sinnhaftigkeit‘ bedeutet zu wissen, warum man etwas tut. Sie kommt in unserer schnelllebigen Gesellschaft eindeutig zu kurz.“ Es brauche daher Mut, sich selbst zu erkunden und bei allem, was man entdeckt, trotzdem zu sich zu stehen.

Bestimmte Persönlichkeitsmerkmale, die Burn-out wahrscheinlicher machten als andere, seien, so der Psychologe, das Depressive im Sinne angepassten Verhaltens, das Narzistische im Sinne des Verlangens nach Anerkennung und dem Streben nach Perfektionismus sowie das

Anzeige

Nürnberg, Germany  
7. – 8.3.2013\*

# ENFORCE TAC

International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions \*\* by IWA

**E** Exhibition **C** Conferences **W** Workshops

Nürnberg, Germany 8. – 11.3.2013\*

**IWA 2013**  
& Outdoor Classics  
HIGH PERFORMANCE IN TARGET SPORTS,  
NATURE ACTIVITIES, PROTECTING PEOPLE

\* Am 8.3.2013 findet die Enforce Tac parallel zur IWA in Nürnberg statt.  
\*\* Ausschließlich für Behörden

## Profis im Fokus

enforcetac.com

Partner

Veranstalter  
NürnbergMesse GmbH  
Messezentrum  
90471 Nürnberg  
info@nuernbergmesse.de

BesucherService  
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 32  
besucherservice@nuernbergmesse.de







## ... wieder Atem schöpfen



### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin  
Kassel - Bad Wilhelmshöhe.  
In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Spezielle Behandlungskonzepte zu
- Burn-out Symptomatik
  - Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
  - depressiver Erschöpfung
  - Angstsymptomatik
  - Traumatherapie
  - Missbrauch von Suchtmitteln
  - onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



FACHABTEILUNG PSYCHOSOMATIK IN DER BRANDENBURG KLINIK BISMARCK BEI BERLIN

### Ich schaffe das alles nicht mehr!

Gesundheitsstörungen werden von uns als Folge negativer Wechselwirkungen zwischen den Gesundheitsproblemen der Patienten/innen und den Umweltfaktoren verstanden. Für die Behandlung steht in der Klinik ein breites Spektrum psychosomatischer Therapieformen zur Verfügung.

#### Behandlungsschwerpunkte:

- Depressive Störungen • Burn-out-Folgeerkrankungen • Mobbing-Folgeerkrankungen • Angststörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen • Tinnitus • Psychosomatische Schmerzstörungen

Brandenburg Klinik Bismarck bei Berlin | Fachabteilung für Psychosomatik Brandenburgallee 1 | 16321 Bismarck bei Berlin | Telefon (03 33 97) 3 33 55  
www.brandenburgklinik.de

Wir helfen Ihnen gerne bei der Klärung der Kostenübernahme.

www.michelisklinik.de

## Burnout oder Trauma? – Traumatisierung rechtzeitig erkennen

Anzeige



Dr. med.  
Volker Reinken

Polizeibeamte sind oftmals traumatisierenden Situationen ausgesetzt, die Folgestörungen, mit sehr ernst zu nehmenden Beschwerden für die Betroffenen, hervorrufen können. Die Beschwerden werden häufig nicht mit den auslösenden Situationen in Zusammenhang gebracht, sondern unter dem Begriff Burnout erfasst.

Die Symptome klingen überwiegend nicht von alleine ab. Deshalb ist es wichtig, die Probleme rechtzeitig zu erkennen und professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Traumatische Erlebnisse sind Situationen in denen Menschen eine ungeschützte Angst – Schreck – Schocksituation, quasi einen überflutenden Stresszustand erleben. Man ist der Situation ausgeliefert, hat das Gefühl „es ist aus“, kann sich nicht mehr anpassen, nicht dagegen ankämpfen. Durch das Gefühl des Ausgeliefertseins wird oftmals eine Art Schock- bzw. Verwirrungszustand ausgelöst. Der Betroffene muss nicht selber aktiv am Geschehen beteiligt gewesen sein. Manchmal reicht es bereits aus, nur Augenzeuge eines erschreckenden oder erschütternden Ereignisses gewesen zu sein.

Psyche und Körper reagieren dann sinnvoll mit einer sogenannten Dissoziation, d.h. dass die Wahrnehmung in verschiedenen psychischen und körperlichen Sinnesbereichen stark reduziert oder abgeschaltet wird und nur noch in Teilen aufgesplittert abgespeichert wird. Die Erinnerungssplitter werden durch passende Triggerreize im Alltag wachgerufen und der Betroffene fühlt sich, als ob er das Ereignis jetzt noch mal erlebe. Menschen verlieren im Rahmen einer Traumatisierung den Glauben an das Gute in der Welt, danach ist nichts mehr wie es war. Dies sind normale Reaktionen auf unnormale Ereignisse.

In der Folge traumatischer Erlebnisse entstehen diverse körperliche und psychische Symptome, wie Schreckhaftigkeit, Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, Übererregung, Zunahme von Aggressivität, Flashbacks, belastendes Wiedererleben im Wachen und Schlafen (Alpträume), Vermeidung von Situationen, die daran erinnern, Freudlosigkeit und negative Zukunftsgedanken. Diverse andere Symptome wie Schlafstörungen, Depressionen, Erschöpfungssyndrome sowie Angststörungen treten in der Folge auf.

Die Therapie von sog. Monotraumata gelingt in mehreren Stufen. Nach einer Phase der Information über Traumaverarbeitung und -therapie beginnt die Stabilisierungsphase unter anderem mit Stabilisierungsübungen, die den Betroffenen wieder mehr Kontrolle über die Welt der inneren Bilder und damit mehr Sicherheitsgefühl geben. Hieran schließt sich bei ausreichender Stabilität die Traumabearbeitung an. Dann folgt die Phase des Abschieds, der Trauer und Neuorientierung.

Die HELIOS Privatklinik Bad Grönenbach führt die Traumatherapie in oben beschriebenen Sinne mit viel Erfolg durch. Hilfreich ist die rasche Aufnahme der Behandlung und die Distanzierung aus dem Alltag. Herr Dr. med. Reinken, Ärztlicher Direktor und Chefarzt, bietet Ihnen in ambulanten Vorgesprächen die Möglichkeit, Klarheit zu schaffen und unterstützt Sie bei der Entscheidung für die nächsten Schritte einer ambulanten oder stationären Behandlung.

Mehr Informationen zu unseren Angeboten erhalten Sie unter der Telefonnummer 08334/259929-550, unter [www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach](http://www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach) oder [bad.groenenbach@helios-privatkliniken.de](mailto:bad.groenenbach@helios-privatkliniken.de)



**„Aus belastenden Erinnerungen müssen die Emotionen herausgelöst werden, um das Erlebte in der Erinnerung zu verändern“, schilderte Diplom-Psychologin und Heilpraktikerin für Psychotherapie Karen Jahn ihren Therapie-Ansatz.**



Ängstliche im Sinne der permanenten Besorgnis. Al-hafedh: „Wenn das Unsinnige und das Unerwünschte auf einmal Sinn macht, dann hat man den ersten wichtigen Schritt in Richtung Entlastung oder sogar Heilung geschaffen.“ Aber, so schränkt der gebürtige Iraker ein, man könne nicht jedem helfen. Erforderlich seien vor allem die Fähigkeit zur Introspektion, also der Selbstbeobachtung und natürlich eine nachhaltige Motivation des Patienten. „Zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass einige Menschen die vermeintliche Krankheit Burn-out wie eine Medaille um den Hals tragen. Sie erhoffen sich davon Anerkennung. Schließlich habe das hohe Arbeitspensum zum Ausbrennen geführt. Burn-out ist in unserer Gesellschaft aber auch Mode; eine kleine Hysterie.“

## **Nicht mehr aus dem Kopf**

Einen alternativen heilpraktischen Therapieansatz erläuterte die Diplom-Psychologin und Heilpraktikerin für Psychotherapie Karen Jahn ihren Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern. Ihre Klientinnen und Klienten, so listete die gebürtige Berlinerin ein paar Beispiele aus dem Praxisalltag auf, fühlten sich ausgelastet, kämen nur schwer aus dem Bett, alles sei ihnen zu viel und sie wüssten einfach nicht, was mit ihnen los sei. Jahn: „Die Arbeit wird immer mehr, die Zeit reicht einfach nicht aus, um alles zu erledigen. Kollegen bitten zusätzlich um Hilfe. Nein zu sagen, klappt wieder nicht, also wird selbstverständlich geholfen.“

Das Gefühl, es allen recht machen zu müssen, ist übermächtig. Irgendwann folgt unweigerlich der Zusammenbruch: Diagnose: Burn-out.“

## **Reaktiviertes Gefühl**

Immer dann, wenn ein altes, unangenehmes Gefühl reaktiviert werde, könne es zu einer psychischen Ausnahme- und Belastungssituation kommen. Diese Beispiele, erläuterte die selbstständige Psychologin, gebe es natürlich auch im polizeilichen Alltag: „Bei einem polizeilichen Einsatz wird ein Beamter aus einem Hinterhalt überrascht und es kommt zur Widerstandshandlung des Gegenübers. Dabei wird der Polizeibeamte verletzt und muss zur Notwehr sogar seine Schusswaffe einsetzen. Nach einiger Zeit ist seine physische Verletzung verheilt und er ist wieder im Dienst. In einem späteren Einsatz kommt es zu einer ähnlichen Situation. Der Be-

**🔥 Zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass einige Menschen die vermeintliche Krankheit Burn-out wie eine Medaille um den Hals tragen. Sie erhoffen sich davon Anerkennung. 🔥**

amte schreckt zusammen, ist plötzlich wie gelähmt und kann nicht wie gewohnt handeln. Dieses zögerliche Verhalten kostet wertvolle Sekunden und kann die eigene Gesundheit oder die seines Kollegen oder seiner Kollegin gefährden. Auch im Privatleben merkt der betroffene Beamte, dass er in einigen Situationen schreckhafter und ängstlicher reagiert. Bei dem Gedanken an das Erlebte zieht sich sein Magen zusammen, er bekommt feuchte Hände, sein Atem und sein Herz gehen schneller und ab und an schreckt er sogar aus dem Schlaf

hoch.“ Ein solcher Vorfall werde natürlich stets individuell wahr genommen und es könne bei zwei Kollegen auch zu ganz unterschiedlichen Verarbeitungsergebnissen führen. Während der eine leicht entspannen könne und das Ereignis wegpackt, fühle sich der andere anhaltend belastet. Daraus könne dann auch ein Konflikt in der Selbstwahrnehmung entstehen, wenn der Kollege sich frage, ob er denn der einzige sei, der das so erlebe.

## **Werkzeugkasten mit praktischen Übungen**

In Phasen der empfundenen Überarbeitung sei Entspannung ganz wichtig, durchaus wichtiger als sonst. Jahn: „Oft haben wir dafür aber keine Zeit. Wir sitzen vor dem Fernseher, dem Computer oder haben unser Smartphone in der Hand. Doch genau das ist falsch, da unser Gehirn nicht abschalten kann. Denn stattdessen wird es weiter mit Bildern und Informationen überflutet, die verarbeitet werden müssen. Eine Erholung ist das nicht für uns und unser Gehirn.“

Als Heilpraktikerin für Psychotherapie schlage sie ihren Klientinnen und Klienten vor, kleine praktische Übungen in den Alltag zu integrieren und dann anzuwenden, wenn sie in eine besonders stressige Situation kommen, um danach wieder Ruhe zu finden. Da trage man dann einen kleinen virtuellen Werkzeugkasten mit sich herum, aus dem man den passenden Ersthelfer zur Bewältigung der Stresssituation nehme, vielleicht eine „Therapie-to-go“.

Sie verknüpfe indes im Praxisalltag verschiedene Therapieansätze sowie Elemente des Coachings, um sich ganz der individuellen Problematik eines Klienten zu widmen. Emotional belastete Erinnerungen sollen dabei überwunden, alte Gefühle gelöst und hinter sich gelassen werden. Jahn: „Das Ziel dabei ist, den Zustand der inneren Balance wieder zu finden, vorhandene Ressourcen zu reaktivieren und neue Stärken zu entdecken. Blockaden im Denken und Verhalten müssen weg. Das könne auch die durchaus nicht neue Hypnose bewirken, erläuterte die Heilpraktikerin für Psychotherapie. Hypnose sei ein Zustand tiefer körperlicher und geistiger Entspannung, die so vielseitig anwendbar sei, dass sowohl Menschen mit Symptomen oder gar Burn-out-Syndrom wie auch Kettenraucher oder Essgestörte behandelt werden könnten. Der Klient befinde sich in einer Art Trancezustand zwischen Wachen und Schlaf, doch das Unterbewusstsein sei dabei aufnahmefähig und bereit für Suggestionstechniken.“



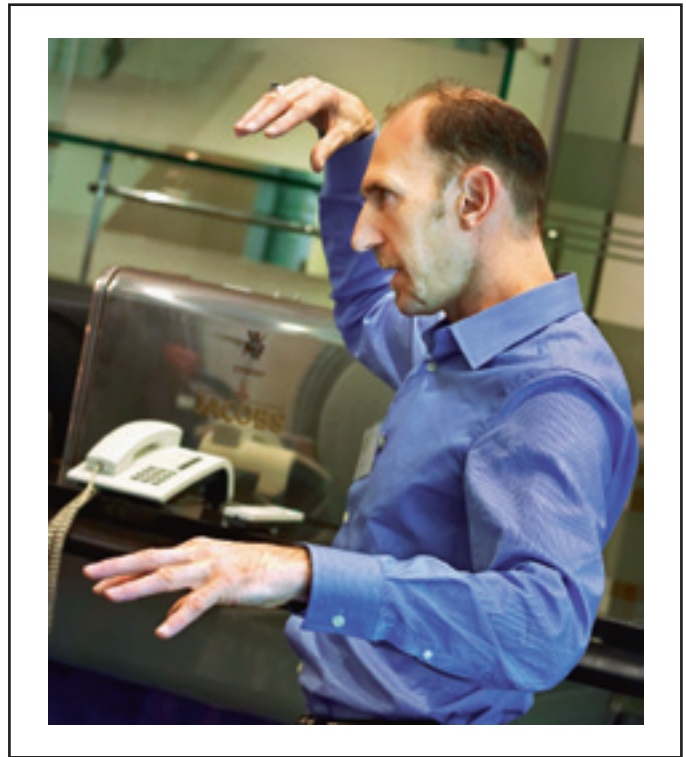
## Winkbewegungen gegen den Stress

Gute therapeutische Erfahrungen gemacht hat Karen Jahn mit der Methode des Eye Movement Desensitisation and Reprocessing (EMDR). Dabei soll der Klient eine ihn stark quälende Phase eines traumatischen Erlebnisses gedanklich festhalten, während der Therapeut ihn über langsame und bedächtige Winkbewegungen zeitgleich zu rhythmischen Augenbewegungen anhält. Bei vielen Betroffenen reduziere dies die Angst, die von den Erinnerungen hervorgerufen würden. Jahn: „Meine Klienten folgen meinen Fingerbewegungen nur mit Ihren Augen, dieser Ablauf wird mehrfach wiederholt. Dadurch wird die Stress auslösende Situation immer wieder ins Gedächtnis gerufen, um zu sehen, was sich wie verändert hat, bis die Situation keinen Stress mehr auslöst und die Situation als neutral bis positiv gesehen wird“. Aus belastenden Erinnerungen müssten die Emotionen herausgelöst werden, um das Erlebte in der Erinnerung zu verändern. Der therapeutische Erfolg setze dann ein, wenn die Situation erinnert und sie zwar auch weiterhin als unangenehm wahr genommen werde, sie aber jetzt quasi versachlicht auftrete. Die negative Verknüpfung sei damit aufgehoben, der Knoten zerschlagen.

Das EMDR komme ursprünglich aus der Traumatherapie zur Behandlung von

Posttraumatischen Belastungsstörungen, ergänzte die selbstständige Psychologin. Die Bundeswehr habe EMDR beispielsweise erfolgreich eingesetzt. Doch diese Methode sei eben nicht nur bei Traumatisierungen anwendbar, sondern vor allem bei leichteren Fällen von Alltagsängsten bei denen es um festsitzende und blockierende Gefühle gehe. Lampenfieber, Angst vor Reden, Vorträgen oder Prüfungen, aber auch Flug-, Höhen- und Zahnarztangst ließen sich so gut behandeln. Aber wenn der Klient mit seinen Augen den Fingern des Therapeuten nicht folgen wolle, sei ein Erfolg ausgeschlossen.

Über die beschriebene visuelle Technik



Psycho-Coach Diplom-Pädagoge Andreas Winter leitet seine Klientinnen und Klienten dazu an, „das zu tun, von dem sie nicht wussten, dass sie es können“.

des EMDR hinaus arbeitet Jahn auch mit auditiven und taktilen Methoden. Jahn „Das ist sehr individuell, man muss die richtigen Sinneskanäle finden.“

Anzeige

Dr. Becker  Klinik Möhnesee

Qualitätsrehabilitation  
direkt am See

Seit 15 Jahren steht die modern und geschmackvoll ausgestattete Dr. Becker Klinik Möhnesee für nachhaltige Rehabilitations- und Präventionsmaßnahmen auf höchstem Niveau. In unserer kardiologischen und psychosomatischen Abteilung bieten wir Ihnen folgende Behandlungsschwerpunkte:

- Herzinsuffizienz ● Anschlussheilbehandlungen nach Herz-OP und Herzinfarkt
- Depressionen ● Angsterkrankungen
- Psychosomatische Störungen ● Psycho-Kardiologie

Ihre Gesundheit und Ihr Wohlbefinden liegen uns am Herzen. Dabei können Sie sich sowohl auf unsere jahrelange medizinisch-therapeutische Kompetenz als auch auf unsere exzellente Service- und Betreuungsqualität verlassen.  
**Rufen Sie uns an. Wir sind gerne für Sie da!**

Tanken Sie Kraft und Erholung für Ihr Berufs- und Privatleben!  
Dafür bieten wir Ihnen unsere maßgeschneiderten Therapien gegen Müdigkeit und Erschöpfung wie z. B. verschiedene Entspannungsverfahren, Sport- und Bewegungstherapie, Aqua-Relax sowie das umfangreiche Angebot in der Physiotherapie und der Physikalischen Abteilung.  
Getreu unseres Mottos „Leben bewegen“ haben Sie in den Psychologischen und Ärztlichen Behandlungskontakten bei uns die Möglichkeit, sich intensiv mit berufsbezogenen Konflikten auseinanderzusetzen und Ihre Ressourcen wiederzuentdecken.  
Dr. Christiane Ihlow – Chefarztin Psychosomatik  
Dr. Rainer Schubmann – Chefarzt Kardiologie

Dr. Becker Klinik Möhnesee · Schnappweg 2 · 59519 Möhnesee  
Tel. (0 29 24) 800-0  
info.klinik-moehnesee@dbkg.de · [www.dbkg.de](http://www.dbkg.de)

Dr. Becker - Leben bewegen





## „Ich bin kein Heiler“

Seine Klienten müssten schon die Einsicht der Notwendigkeit in die Veränderung besitzen. Er leite seine Klientinnen und Klienten dann dazu an, das zu tun, von dem sie nicht wussten, dass sie es können, eröffnete Diplom-Pädagoge Andreas Winter (siehe Interview in DP 10/2012) seinen Workshop-Vortrag zum Psycho-Coaching. „Der subjektive Leidensdruck ist mein Handlungsauftrag“, rief der quirliche Iserlohner den Kolleginnen und Kollegen zu, und „Hauptsache, wir machen es weg“. Doch, so schränkte er gleich ein, ein Heiler sei er nicht.

Er kümmerge sich um die Psyche, doch verbinde er damit vor allem die Software eines Menschen, denn „die Psyche ist unsere gedankliche, wenn auch größtenteils nicht bewusste Kontrolle“. Die Gedanken steuern den Körper und nicht etwa der Körper sich selbst, wie in der Medizin noch immer geglaubt werde. Da musste schon das Beispiel des „grün-karierten Hemdes“ herhalten, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Kluft zwischen rationalem und unterbewusstem Verhalten zu verdeutlichen: „Ein Mann nimmt aus seinem Schrank ein grün-kariertes Hemd. Daraus ergibt sich dann folgender Frage-Dialog an den Verstand: Warum hast du dieses Hemd ausgesucht? Ach, einfach so. Nein, mal ehrlich, warum? Na ja, das hing gerade vor meiner Nase. Aber, das ist doch kein wirklicher Grund, warum? Es ist gebügelt.

Aber andere doch auch, warum das grün-karierte? .... Und irgendwann, so Winter weiter, fehle dem Verstand dann endgültig die Antwort und das Unterbewusstsein mache dem Spuk ein Ende, denn: Du hast das grün-karierte Hemd ausgesucht, weil Du gestern Abend wegen einer Kleinigkeit einen ziemlichen Streit mit Deiner Frau hattest. Und weil Deine Frau Dir dieses Hemd zum ersten Hochzeitstag geschenkt hast und Du – und sicherlich auch sie – damit gute Gedanken verbindest, hast Du es unwillkürlich hervorgezogen, um so einen Schritt in Richtung Schlichtung zu gehen.“ So sei an diesem einfachen Beispiel eben auch zu erkennen, wie es bei negativ besetzten Erinnerungen gehen könne und dann Stress durch fehlende Entscheidungsfreiheit entstehe. Aus einem bedrohlichen



**Gefahr-erkannt-Gefahr gebannt“, das nenne ich „Coaching“.**



„Ur-Trauma“ über ein erneutes Auslösen des Ur-Traumas, zur Befürchtung, das könne wieder geschehen, entwickle sich Angst.

## Kind lebt im Jetzt

Angstmuster, erworben in der Kindheit, meist durch zu hohen Erwartungsdruck der Eltern, so der Leiter des in Iserlohn beheimateten Instituts „Powerscout Wellness

Coaching“, ließen sich schnell und dauerhaft auflösen. Winter: „Die wichtigste Eigenschaft, um das ewige Hamsterrad zu verlassen, ist das Bewusstsein für Selbstverantwortung. Wer bereit ist zu verstehen, dass er kein Opfer seiner Umstände ist, sondern mit seinem Syndrom unterbewusst ein intelligentes Schutzmuster erschaffen hat, um sich selbst vor befürchtetem Schlimmerem zu schützen, ist auf dem besten Weg zur Gesundheit.“ Dabei hätten Menschen, wie in der Wissenschaft gängig postuliert, eben keine Angst vor Unbekanntem, so eine seiner Thesen, die im Forum des Öfteren für unterschwelliges Gemurmel gesorgt hatten. „Oder haben Sie Angst vor Schnirks?“, fragte er in die Runde, „das kennen Sie nämlich nicht!“. Die Mutter aller Ängste eines Menschen sei der Kontrollverlust und die Erkenntnis, woran das im individuellen Fall liege, letztlich das Zauberwort. Über Erkenntnisse verändere sich das Empfinden über bisherige Stressauslöser schlagartig. „Gefahr-erkannt-Gefahr-gebant“, das nenne ich „Coaching“.

## Geringe Wertschätzungskultur

Diplom-Sozialpädagogin Annerose Scheuermann wusste am zweiten Tag der Veranstaltung nur zu gut, wer ihr da als aufmerksame Zuhörer gegenüber saß. Die Polizei leide in ihrem alltäglichen Dienst unter einem starken Werteverfall und einer Werteänderung, hob sie ihren Vortrag

Anzeige



- Erschöpfungssyndrome und Burn-out-Syndrom
- chronischer Schmerz
- chronische Rückenbeschwerden
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Diabetes und andere Stoffwechselerkrankungen
- Depression

\* von allen Kostenträgern zur stationären Vorsorge und Reha anerkannt

**Info-Hotline: 0800/751 11 11**

Durch die einzigartige Verbindung von Schulmedizin und Naturheilverfahren seit vielen Jahren erfolgreich in der Behandlung chronischer Erkrankungen\*



**DEKIMED®**

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin und Naturheilverfahren

Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel, Psychosomatik und Orthopädie

Prof.-Paul-Köhler-Straße 3 | 08645 Bad Elster

Tel. 037437 75-0 | info@dekimed.de

Seit Januar 2011 ein Unternehmen der Celenus-Gruppe



über mögliche Schutzfaktoren vor Burn-out an. Der Schutz vor den Wirkungen dieser jeden Tag spürbaren negativen äußeren Einflüsse könne sich nicht nur am einzelnen Beschäftigten festmachen, sondern müsse auch die Arbeits-Gruppe und die behördlichen Strukturen einschließen. Zudem müsse sie feststellen, dass es in unserem Land an einer Wertschätzungskultur mangle: „Deutschland ist da hintendran.“

Dieses vorgetragene Ausrufezeichen der Berliner, die auch als Supervisorin arbeitet, zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schnell, in welche Richtung es denn gehen würde: Viele Probleme seien einfach hausgemacht und in der Führung und den Strukturen zu verorten.

Zwar gebe es natürlich die Mitarbeiterin und den Mitarbeiter, die gerade wegen ihrer persönlichen Disposition zu vielleicht zu hohem beruflichem Engagement und Pflichtbewusstsein neigten, mit hohen Anforderungen an sich selbst und unnachsichtige Zielen. Perfekte Typen mit hohem Kontrollbedürfnis: zielstrebige Leistungsträger. Oder Menschen mit Schwierigkeiten sich abzugrenzen, die sich für alles verantwortlich fühlten, prinzipiell helfen wollten, eigene Bedürfnisse nicht ernst nähmen und Signale der Belastung ignorierten. Auch Menschen, die ihre Fähigkeiten und Qualifikationen über-

**Persönliche Burn-out-Disposition:** „*Wer zudem noch schlecht entspannen kann, der braucht eigentlich auch gar nicht in den Urlaub zu fahren. Nach kurzer Zeit ist er wieder in der Tretmühle*“, sagte Diplom-Sozialpädagogin Annerose Scheuermann.

gleich, ob vor der roten Ampel, an der Supermarktkasse oder im Fahrstuhl.“

### Entspannungs-Klingeln

Eine interessante Idee dazu hatte bereits ein japanisches Unternehmen. Dort wurde bemerkt, dass schon allein das Klingeln des Telefons Stress in der Belegschaft auslöste. Der Trick bestehe nunmehr darin, so Scheuermann, das Klingeln in etwas Positives umzudeuten. Der Klang des Telefons solle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Erinnerung an eine Entspannungsübung dienen. „Einmal tief durchatmen, die Schultern herunterdrücken und dann den Hörer abnehmen.“ Der positive Effekt stellte sich wenig später in freundlicheren Telefongesprächen und einer höheren Kundenzufriedenheit dar. Einen kleinen Seitenhieb auf die Gewerkschaften konnte sich die Diplom-Sozialpädagogin angesichts dieses internationalen Erfolgsbeispiels nicht verkneifen. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) jüngst geforderte „Anti-Stressverordnung“ sehe sie eher skeptisch: „Wie die wohl aussähe?“

### Lange Liste von Risikofaktoren

Doch wenn auch am Arbeitsplatz, so Scheuermann weiter, noch weitere und erhebliche Risikofaktoren für eine hohe psychische Belastung der Beschäftigten erkennbar seien, vergrößere sich das Problem immens.

Für den Bereich der Polizei, so zeigte sich, sei die Liste der Risikofaktoren lang, denn da wären die ständige Überforderung und Überlastung bei Personalknappheit, massiver Zeit- und Verantwortungsdruck, eine hohe Ungewissheit über das, was erwartet werde und wie Aufgaben zu bewältigen seien. Zudem die geringe Wertschätzung und das wenige Lob, oder wenn die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern oder untereinander nicht tragfähig seien.

Wenn Menschen sich nicht entfalten und einbringen könnten, geringe Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten hätten, bei schlechten Kommunikationsstrukturen und einem unfairen Betriebsklima,



bei fehlendem Feedback, übermäßiger Bürokratie, Mobbing, bei dem ständigen Risiko, von körperlicher und psychischer Gewalt bedroht zu werden, bei Konflikten mit den eigenen humanitären Werten und dem Arbeitsauftrag, Beschäftigte in Rollenkonflikten seien, widersprüchliche Anforderungen an die Bewältigung der Arbeitsaufgabe bestünden, Beschäftigte tagtäglich Emotions- und Beziehungsarbeit leisten müssten, oder mit hohem Publikumsverkehr oder -kontakt zu tun hätten und schließlich Schicht- und Nachtarbeit geleistet werden müsse, ohne dass physiologische Bedürfnisse berücksichtigt würden.

### Führungsverantwortung

Führung bedeute neben der Sachaufgabe immer auch eine Beziehungsaufgabe. Es dränge sich bei der Betrachtung behördlicher Strukturen unterdessen der Eindruck auf, dass soziale Kompetenz bei der Auswahl von Führungskräften noch eine Nebenrolle spiele. Bedenklich sei zudem, dass offenbar auch ein „moderner Heldenmythos“ gepflegt würde, denn: „Wer gesund ist, arbeitet nicht genug“. Ein „gesundes Leiten“, so die Annahme der sehr überzeugend auftretenden Sozialpädagogin, bedeute indes „Gesundheit und Leistung sind vereinbar“.

Klar sei, dass den Führungskräften ein wichtige Rolle bei der Prävention des Burn-out zukomme. Scheuermann: „Der Arbeitgeber stellt keine Diagnosen, aber er sollte die Symptome erkennen. Führungskräfte sind diejenigen, die Veränderungen bei Kolleginnen und Kollegen erkennen und benennen, die aufklären und geeignete Hilfsschritte hinzuziehen könnten, zum anderen könnten sie maßgeblich dazu beitragen, das kollektive Bewusstsein für gesun-



**Notizen für die Nachbearbeitung der Burn-out-Tagung.**

geschätzten, das durch Ehrgeiz auszugleichen versuchten und letztlich Wichtiges von Unwichtigem nicht zu unterscheiden vermochten, seien Burn-out-Kandidaten. Scheuermann: „Wer zudem noch schlecht entspannen kann, der braucht eigentlich auch gar nicht in den Urlaub zu fahren. Nach kurzer Zeit ist er wieder in der Tretmühle. Diese Beschäftigten benötigen tägliche Angebote. Sie müssten üben, ganz



des Arbeiten anzustoßen und zu fördern, nicht zuletzt über die Vorbildfunktion.“ Der Vorgesetzte könne jedoch auch als Stressor auftreten, der erst für den Druck Sorge. Die Schaffung einer Feedbackkultur sei in solchen Konstellationen ein sehr hilfreiches Instrument des gesunden Führens“.

## Wenn der Arbeitgeber herumschraubt

Es sollte, so Scheuermann, auch sehr genau hingeschaut werden, ob es versteckte Preise von gebrachter Leistung gebe. Das gelte beispielsweise für Rufbereitschaften. Bestätigen kann dies der Münchener Polizeiarzt Dr. Christian Kühl. In einem Stehtischgespräch während der wenigen Tagungspausen verwies er auf das von dem Schweizer Medizinsoziologen Johannes Siegrist entwickelte Modell der Gratifikationskrise. Danach könne eine Person dann in eine Wertekrise kommen, wenn sie sich stark verausgabe und dafür nicht in der erwarteten Weise entschädigt werde, wenn also das Engagement, das Wissen, die Zeit, die Identifikation und die Leistung nicht in entsprechende Belohnung oder eine ausbildungsadäquate Beschäftigung, Lohngerechtigkeit oder Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten münde. Kühl: „Am Beispiel der Rufbereitschaft kann man sehr deutlich sehen, wo die Krux liegt. Setzt der Arbeitgeber stillschweigend die Bereitschaft der außerdienstlichen Tätigkeit voraus, so schraubt er einseitig an dem von ihm und seinem Beschäftigten vereinbarten Vertrag. Das mag ja einige Zeit funktionieren, doch irgendwann kriegst der Beschäftigte spitz, dass ohne

seine Einwilligung sein arbeitsvertraglicher Rahmen erweitert wurde. Welche Folgen das hat, hängt natürlich von der individuellen Disposition des Beschäftigten ab. Vorstellbar ist auf jeden Fall, dass sein Commitment, quasi seine Hingabe, schwindet. Findet sich der Arbeitnehmer aber durch eine entsprechende Vergütung und das Bereitstellen geeigneter Arbeitsmittel ausreichend gewertschätzt, ist weder eine übermäßige psychische Belastung oder gar eine sogenannte innere Kündigung zu erwarten. Diese Rufbereitschaft erzeugt dann nicht mehr Druck als der übliche Dienstatlag.“

Gerade Polizistinnen und Polizisten seien Bedrohungen durch Gewalt und äußerlicher Abwertung zunehmend ausgesetzt. Scheuermann: „Das Thema Umgang mit Gewalt und Angst gehört einfach

und Organisationen. Wolle eine Behörde erfolgreiche Burn-out-Prävention installieren, komme sie nicht umhin, behördenkulturelle Werte und Normen zu diskutieren und gegebenenfalls zu reformieren. Der Prozess einer solchen Auseinandersetzung sei in sich eine prophylaktische Maßnahme, besonders wenn eine Diskussionsform gefunden würde, die die Partizipation aller Beschäftigten ermögliche. „Arbeit an sich macht nicht krank, sondern die Art wie sie ausgeübt wird.“ Die Bedingungen unter denen sie stattfinden müsse, beinhalte das Gefährdungspotential.

Spontan hob sich der Arm eines Berliner Kollegen, der zunächst der Referentin dankte, um im direkten Anschluss und unter sarkastischem Gefflüster der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer das prägnante Negativ-Beispiel der Berli-

## Führungskultur und Wertschätzungskultur

zu den wichtigen Burn-out-Präventionen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Polizisten ohne Angst in einen gefährlichen Einsatz gehen.“ Bei den TV-Polizisten sei es nahezu selbstverständlich, die psychologische Unterstützung vor oder nach Überreifen ins Lächerliche zu ziehen. Derjenige, der zum „Psycho-Onkel“ müsse, werde meist verhöhnt oder belächelt. Wie selbstverständlich, fragte die Sozialpädagogin, sei die psychische Versorgung in der Realität und wie sehe beispielsweise die Ausbildung junger Polizeibeamter aus? Scheuermann: „Lernen sie aktiv mit Angst umzugehen, oder wie man sie am Besten verdrängt? Gibt es die Möglichkeit zu Gesprächsgruppen, Supervision, bei der auch unangenehme Erfahrungen reflektiert und bearbeitet werden können?“ Die Bewältigung von Bedrohungen sei nicht nur ein Thema für Experten. Hilfreich könne auch der Austausch untereinander sein. Da könne offen oder auch anonym, beispielsweise in internen Medien, sich darüber ausgetauscht werden, was wem geholfen habe. Scheuermann: „Burn-out-begünstigend ist es, wenn Menschen keine Alternativen zur Verfügung haben. Somit sind auch die Kommunikations- und Deeskalationstrainings sowie Schulungen zum Verhandlungsgeschick gute präventive Maßnahmen.“ Warum nur Fitnesstraining für Polizistinnen und Polizisten obligatorisch sei, ein „Psychetraining“ aber nicht, erschließe sich nicht.

ner Behörde zum Besten gab: Menschen, Kollegen und Mitarbeiter firmierten dort nämlich unter den Begriffen „Vollzeitäquivalent“ und „Optimierungspotenzial“, Begriffe, die Barbara Prasch bereits in der Talkrunde aufgriff. So gab diese bemerkenswerte Wortmeldung GdP-Arbeitsschützer Jörg Bruchmüller, eine hervorragende Ausgangsposition, in seinem Schlusswort zwei Kernbegriffe der vergangenen zwei Tage erneut in Erinnerung zu rufen: „Führungskultur“ und „Wertschätzungskultur“.

Michael Zielasko

Fotos: GdP/ Hagen Immel



Zeitnahe Berichterstattung aus dem IV. Arbeitsschutzsymposium per Web und GdP-App.

## Vollzeitäquivalent

Annerose Scheuermann schloss ihren Vortrag mit einem Appell an Behörden

### Weitere Informationen zum Artikel



Fotogalerie des IV. Arbeitsschutzsymposium



Broschüre zum IV. Arbeitsschutzsymposium



„Burn-out“ DP 10/2012





## Gewalt schadet dem Ansehen des Fußballs

**D**ort glaubten sich offenbar erneut Sportgewalttäter außerhalb der Pflicht zur Beachtung von Gesetzen und Rechten anderer. Darüber, dass solche dem Fußball schadenden Gruppen keine rechtsfreien Räume erzwingen werden, herrscht jedoch Einmütigkeit zwischen Deutschem Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die sich Anfang November 2012 in der Frankfurter DFB-Zentrale zu einem turnusgemäßen Gespräch getroffen hatten.

### Ordnungskräfte überrannt

Einen Tag zuvor standen wieder einmal die Kurven in Flammen. Vermummte Hannoveraner wie Dresdener Sportgewalttäter zündeten bengalische Feuer.

*Der Pokal habe seine eigenen Gesetze, sagt der Freund des runden Leders, wenn mal wieder die Kleinen gegen die Großen aus dem Profifußball ran dürfen und hofft im Stillen auf die Sensation. Viele Fußball-Fans bejubeln allzu gerne die blamablen Pleiten der vermeintlich Unschlagbaren gegen die Freizeit-Kicker vom Dorf und schwelgen in ihren Erinnerungen an fulminante Rasenschlachten, bei denen sich beispielsweise Teams wie Bayern-München-Bezwinger TSV Vestenbergsgreuth in der Cup-Saison 1994/95 mit dem einen Tor mehr nahezu unsterblich gemacht haben. Des Pokals eigene Gesetze beziehen sich indes nur auf die sportliche Facette des Fußballs, keineswegs aber auf das teils kriminelle und gewalttätige Verhalten einiger sogenannter Fans vor oder im Stadion sowie auf den An- und Abreisewegen, wie beispielsweise das Spiel der zweiten Pokalrunde zwischen Hannover 96 und Dynamo Dresden erneut auf unrühmliche Weise bewies.*

„Dynamo-Fans“ überrannten zudem Ordnungskräfte, kletterten unkontrolliert über Stadionzugänge und stürmten das Spielfeld. Die Polizei war mit einem

Aufgebot von eintausend Beamten im Einsatz, Wasserwerfer standen in Bereitschaft. Es gab Verletzte und Festnahmen. Noch unter dem frischen Eindruck der



Turnusgemäßer Meinungs austausch: (v. l.) GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, GdP-Justiziar Sascha Braun, Hendrik Große-Lefert, DFB-Sicherheitsbeauftragter, Christian Seifert, Vorsitzender der DFL-Geschäftsführung, DFL-Vizepräsident Peter Peters, Ligapäsident Dr. Reinhard Rauball, DFB-Präsident Wolfgang Niersbach, DFB-Generalsekretär Helmut Sandrock und Ralf Köttker, DFB-Kommunikationsdirektor. Foto: Rüdiger Holecek





Anhänger des Zweitligisten Dynamo Dresden stürmen vor dem DFB-Pokalspiel Hannover 96 gegen Dynamo Dresden einen Zugang zur AWD-Arena in Hannover. Einsatzkräfte werden mit Absperrgittern beworfen.

Foto: Alexander Körner/dpa

Hannoveraner Ausschreitungen bekräftigten alle Beteiligten des DFB-DFL-GdP-Spitzentreffens ihr gemeinsames Ziel, den Fußball sicher und friedlich zu machen. „Uns ist sehr daran gelegen, die Sicherheit rund um die Fußballspiele in Deutschland weiter zu verbessern. Gemeinsam mit den Fans, der Politik und der Polizei. Wir wissen, welch wichtige Arbeit die vielen Polizeibeamten Woche für Woche auch für den Fußball in Deutschland leisten“, sagte DFB-Präsident Wolfgang Niersbach gegenüber der Presse. Liga-Präsident Dr. Reinhard Rauball fügte an: „Es ist dringender erforderlich, die Diskussion wieder mehr zu versachlichen. Dafür sind weitere intensive Gespräche mit allen Beteiligten, darunter natürlich die Fans und die Polizei, elementar.“

### Gewaltbeschleuniger Alkohol

In dem rund 90-minütigen Gespräch, an dem neben DFB-Präsident Niersbach und Ligapresident Rauball auch DFB-Generalsekretär Helmut Sandrock, Christian Seifert, Vorsitzender der DFL-Geschäftsführung und Ligaverbands-Vizepräsident Peter Peters teilnahmen, warben der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek, GdP-Justiziar Sascha Braun und GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek bei DFB und DFL um Unterstützung für die von der GdP vorgeschlagenen „10 Positionen der Gewerkschaft der Polizei für friedlichen Fußball“. Vor allem der oft missbräuchliche Alkoholgenuss auf dem Weg und vor dem Besuch eines

Fußballspiels sei häufig Auslöser von Gewaltausschreitungen unter rivalisierenden Fußballfans oder gegenüber der Polizei, betonte Witthaut. Von dem konsequenten Unterbinden des Alkoholkonsums in den Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe verspreche sich die GdP einen wesentlichen und wirksamen Schritt in Richtung weniger Gewalt.

### Nicht auf Zeit spielen

Witthaut begrüßte unterdessen die Aktivitäten des DFB und der DFL für mehr Sicherheit in den Stadien. Der GdP-Vorsitzende: „Die Verbände haben klar erkannt, dass Gewalt dem Ansehen des Fußballs schadet. Es ist jetzt wichtig, die Clubs mit ins Boot zu holen. Nur gemeinsam kann die Gewaltspirale zurückgedreht werden. Dabei darf nicht auf Zeit gespielt werden.“

Forderungen nach immer mehr Vorschriften und Kontrollen im Zusammenhang mit dem Stadionbesuch erteilte die GdP-Delegation eine Absage. Man werde der Gewalt nicht Herr, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, indem man die Regeldichte für Fußballfans und Vereine ins Unendliche treibe. Es sei aber Sache der Fans, eindeutig ihren Willen zur Gewaltfreiheit zu demonstrieren.

### Fanvertreter diskutierten in Berlin

Nur wenige Minuten nach dem Treffen



Brennende Kurven bei der Pokalpartie Hannover 96 - Dynamo Dresden Ende Oktober 2012.

Foto: Selim Sudheimer/dpa

mas Schneider warnte indes vor einer generellen Ablehnung des Papiers „Sicheres Stadionerlebnis“, ein ergebnisoffener Prozess solle doch in Gang gesetzt werden. Andreas Rettig, designierter DFL-Geschäftsführer, mühte sich ebenso, Fahrt aus der Diskussion zu nehmen. Die Zeit von Befehl und Gehorsam sei vorbei“, sagte er, die Fans müssen mit-





reden. Das taten die Fan-Vertreter dann auch und verfassten ihre „Berliner Erklärung“. Laut FAZ, ein Dialogangebot an die Verbände. Darin verhehlten sie aber keineswegs, dass sie von den Verbänden und Vereinen die Einbindung von Fans in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess erwarten. Diesen Prozessen sei die erforderliche Zeit einzuräumen. Unterdessen ist das Maßnahmenpaket durch die DFL in einigen Punkten modifiziert worden und den Vereinen erneut zugesendet worden. Beim Abstimmungs-

Straftaten entgegenzuwirken. Wer nachweislich gegen geltendes Recht verstößt, ist nach geltendem Recht zu sanktionieren.

Der Fußball braucht kein Parallelstrafrecht und keine Kollektivstrafen.“ Ein Parallelstrafrecht, so stellte die GdP bereits am Morgen in der Bibliothek der DFB-Zentrale in Frankfurt fest, stünde indes nicht zur Debatte, doch von sogenannten Kollektivstrafen wie Punktabzügen oder Geister- und Wiederholungsspielen sei durchaus eine nachhaltige Wirkung zu erwarten. Auf UEFA-Ebene seien solche

### „Selbstverständlich ist das nicht harmlos“

Merkliche Skepsis aber erscheint beim Thema „Pyrotechnik“ angebracht. Die 250 Fan-Vertreter beharrten zäh darauf, die aus Sicht der Fußball-Verbände und der Polizei schon längst beendete Debatte um Fußball-Feuerwerksspektakel weiter zu führen. Sie erklärten: „Bezüglich der Legalisierung von Pyrotechnik besteht weiterhin erheblicher Diskussionsbedarf, da eine einheitliche Position zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar ist. Der Abbruch der Gespräche zu diesem Thema von Seiten der Verbände stellt einen entscheidenden Wendepunkt im Verhältnis zu den Fans dar. Es darf im Dialog zwischen Verbänden, Vereinen und Fans keine Tabus geben, das gilt auch für Pyrotechnik.“

Den erneuten Pyro-Fan-Vorstoß konterte die DFL am Tag nach dem Fantreffen jedoch klassisch aus. Die DFL ließ mitteilen, dass der Ligaverband erneut jeglicher Form von Pyrotechnik in deutschen Stadien eine klare Absage erteile. Es werde „angesichts der gesundheitlichen Gefahren“, so in der DFL-Pressemeldung, auch „künftig nicht über eine Anwendung“ von Pyrotechnik gesprochen werden



**Fan-Kongress am 2. November 2012 im VIP-Zelt von Union Berlin an der „Alten Försterei“. Mehrere Stunden wird diskutiert, das Thema Pyrotechnik erregt weiterhin die Fan-Gemüter. Foto: Matthias Koch/dpa**

termin am 12. Dezember 2012 (nach dem Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe) solle es aber bleiben.

### Selbstverständliche Gewaltfreiheit

DFB-Sicherheitsbeauftragter Hendrik Große Lefert, just im Anschluss des Gesprächs mit der GdP im Flieger nach Berlin gereist, gelang es letztlich den Fans und Fan-Vertretern den Begriff der „Gewaltfreiheit“ näher zu bringen und in die Abschlusserklärung des Kongresses zu hieven. So heißt es dort wörtlich: „Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung im Zusammenhang mit Fußballspielen lehnt der Fan-Gipfel selbstverständlich sowohl innerhalb als auch außerhalb von Fußballstadien strikt ab. Der Fan-Gipfel ruft alle Beteiligten dazu auf, gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden und

Strafen bereits mehrfach ausgesprochen worden. Schließlich aber seien Gewalttäter Gewalttäter und Landfriedensbruch-Delikte blieben Landfriedensbruch-Delikte, ganz gleich, ob im Zusammenhang mit einem Fußballspiel verübt oder mit einer Demonstration. Genau diese Täter aber stünden im Fokus der polizeilichen Maßnahmen. Die Polizei, so erläuterte GdP-Justiziar Sascha Braun den DFB und DFL-Vorständen, sei in solchem Einsatzgeschehen sehr wohl in der Lage, Gewalttäter und Rädelführer beweissicher aus einer Gruppe herauszulösen und festzunehmen. Die Gerichte hätten im Anschluss die Möglichkeit, diese Täter ein paar Jahre aus dem Verkehr zu ziehen.

Von Spieltag zu Spieltag wird sich nunmehr erweisen müssen, ob dieser zwar begrüßenswerte, doch vor allem selbstverständliche Fan-Appell zur Gewaltfreiheit mit Leben erfüllt wird.

können.

Was aber wenig später auf Ultra-Seite, zumindest von kleinen Gruppierungen offenbar Unbelehrbarer, komplett ignoriert wurde und nunmehr zu ersten und heftigen Reaktionen der wahren Fans führte: „Ihr seid Scheiße wie der BVB“ und „Wir sind Schalker und ihr nicht“ skandierten empörte Schalke-Fans beim Heimspiel ihrer Königsblauen gegen die Frankfurter Eintracht Ende November, als eine Gelsenkirchener Ultra-Splittergruppierung in der Halbzeitpause – übrigens erstmalig in der Geschichte der Schalke-Arena – zahlreiche pyrotechnische Gegenstände entflamte. Schlimmer können Schalker Ihresgleichen nicht beleidigen.

### Feuerwehreinsatz im Stadion

Horst Heldt, Manager der sogenannten Knappen, reagierte postwendend gegen-





über der Presse: „Unsere Fans haben mit ihren Gesängen die richtige Antwort gegeben. Sie haben damit deutlich gemacht, dass sie mit dieser Aktion nicht einverstanden sind.“ Der FC Schalke 04 verurteilte die Ereignisse scharf und bekräftigte die unmissverständliche Haltung zur Pyrotechnik erneut: „Selbstverständlich ist das nicht harmlos, sondern es ist verantwortungslos, dies im Stadion zu zünden, weil die Gesundheit Unbeteiligter gefährdet wird. Diesen Beweis musste man aber nicht mehr erbringen, das wussten wir alle schon vorher.“ Wie die Gelsenkirchener Polizei mitteilte, wurden von etwa 60 Personen die Personalien festgestellt, Strafverfahren würden eingeleitet, zudem drohen der dem Verein bekannten Gruppierung Stadionverbote.

Einen Tag zuvor, in Düsseldorf, musste, um Schlimmeres zu verhindern, die Feuerwehr einschreiten. Sogenannte HSV-Fans hatten in ihrem Block mehrere Bengalos abgefackelt. Dabei entzündeten sich mehrere Transparente. Erst nachdem die Feuerwehr das Feuer gelöscht hatte, konnte das Ligaspiel beginnen. „Dass es ansonsten nur bei kleineren Brandverletzungen blieb, war wohl nur dem Eingreifen der Feuerwehr zu verdanken“, vermeldete das Hamburger Abendblatt in ihrer Berichterstattung am nächsten Morgen.

### **Zweifel an demokratischer Legitimation**

Doch wie steht es eigentlich um die Berechtigung der beim Berliner Fan-Gipfeltreffen vertretenen Parteien, solch stark konkurrierende Positionen fest klopfen zu dürfen? Während DFB und DFL mit der Legitimation ihrer Mitglieder ausgestattet zum Fan-Gipfel in der „Alten Försterei“ von „Eisern Union“ angereist waren, erscheint es mindestens zweifelhaft, worauf die selbstbewusst dargebrachte Vollmacht der anwesenden 250 Fans beruhte, dort ihre Stimme auch für zig Millionen Stadionbesucher zu erheben, die inszenierte Stimmungsmache per Bengalo klar ablehnen, für die Fußball ein Familienspaß ist und die sonst noch auf ein spannendes, hochklassiges und torreiches Spiel hoffen. Die echten Schalke-Fans haben jedenfalls ein erstes ermutigendes Zeichen gegeben.

**Michael Zielasko**



**GdP-Position:  
„10 Positionen der Gewerkschaft der Polizei für friedlichen Fußball“**

## **Neue „Rheinpolizei“ soll kommen**

**Mitte Oktober 2012 traf sich der Bundesfachschuss Wasserschutzpolizei (BFA WaPo) in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle unweit der Spree. Zahlreiche Einzelthemen hatten die Wasserschutz-Experten mit an Bord, darunter die Pläne zur Schaffung einer neuen „Rheinpolizei“. Erwartungsgemäß konnte aber nicht die komplette Ladung der Tagesordnungspunkte gelöscht werden. Das nächste Treffen des BFA kommt indes so sicher wie das nächste Hochwasser. Von der Sitzung berichtet Gewerkschaftssekretär Hans-Jürgen Marker.**

### **Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung**

Eine der weitreichendsten Veränderungen, die demnächst ins Haus – oder besser gesagt in die Bundeswasserstraßen – steht, musste direkt vertagt werden. Gemeint ist die von der Regierung geplante Reform der bundeseigenen Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV). Dabei sollen bis zum Jahr 2020 alle ihre sieben Direktionen in Kiel, Hannover, Aurich, Magdeburg, Münster, Mainz und Würzburg aufgelöst werden. Dafür entsteht in Bonn eine neue Generalagentur, in der die bislang dezentral durchgeführten Aufgaben zentralisiert werden. Auch vor der Schleifung der operativen Dienststellen der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen (WSD), den Wasser- und Schifffahrtsämtern (WSA) macht die Politik nicht halt. Ihre Zahl soll von derzeit 53 auf künftig 34 reduziert werden.

Nebenbei ist geplant, rund die Hälfte der bisherigen staatlichen Aufgaben zu privatisieren. Wer allerdings meint, dass hier nur eine Reform einer Verwaltung, die ohnehin keiner kaum so richtig kennt, vorgenommen wird, der irrt. Durch Umwidmung einer Reihe von Bundeswasserstraßen ist zu erwarten, dass der Erhaltungsaufwand abgestufter Streckenabschnitte deutlich reduziert wird und zahlreiche Schleusen und Kanäle im Binnenwassernetz von Schließung betroffen sind. Man darf gespannt sein, was die Verbände der Wassersportwirtschaft dazu zu sagen haben. Diesem, hier nur angerissenen Thema werde sich, so vereinbarten die Fachausschussmitglieder gemeinsam mit den thematisch verantwortlichen Mitgliedern des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, Oliver Malchow und Jörg Radek, die GdP in besonderer Weise widmen.

### **Piraterie vor dem Horn von Afrika**

DEUTSCHE POLIZEI hat bereits mehrfach über die Piraterie am Horn von



**Breites Themenspektrum erörtert: BFA-WaPo-Vorsitzender Dierk Stahl (m.) mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes Jörg Radek und Oliver Malchow (r.).** Foto: Zielasko

Afrika berichtet. Derzeit herrscht im nordwestindischen Ozean eine auffällige Ruhe, welche die trügerische Hoffnung nährt, dass die Best-Management-Practices, also sicherheitstechnische Maßnahmen an Bord gefährdeter Schiffe, die Begleitung durch so genannte „Armed Guards“ (Bewaffnete Sicherheitskräfte) oder auch die militärische Präsenz, Früchte getragen haben könnten. Leider ist diese Vermutung wohl falsch. Einzig und allein der Wettergott hatte seine Finger im Spiel, indem er die – meist ein bis zweimonatige – Pause zwischen Sommer- und Wintermonsun gestrichen hat mit der Folge, dass durchgehend Regen gefallen ist – wohlbemerkt tropische Regengüsse!



### Hoffnung auf Entspannung

Derzeit ist eine Umkehr der Passatwinde im Nordwest-Indischen-Ozean (NW-Indic) im Gang, einschließlich der (normalerweise) dazugehörenden Schönwetterperiode. Und prompt werden wieder mehr Angriffe auf Schiffe gemeldet. Bislang waren diese allerdings im Hinblick auf die Handels-schifffahrt erfolglos.

Dennoch darf man guter Hoffnung sein, da sich die Lage in Somalia zu entspannen scheint. Wohl aufgrund einer gewissen politischen Befriedung sowie der weitgehenden Befreiung des Landes von islamistischen al-shabbab-Milizen durch die regulären afrikanischen AMISOM-Truppen (African Union Mission in Somalia).

Sorgen machen dagegen neuerdings wieder die ehemaligen Piratenhochburgen in Fernostasien sowie ein sich seit wenigen Jahren neu aufbauender Schwerpunkt in der Bucht von Guinea.

### Wochenlange Rhein-Blockade

Es ist schon erstaunlich, was ein Schiff, das querschlägt und die Fahrinne des Rheins blockiert, alles bewirken kann – wenn die Bergung nur lange genug dauert.

Zur Erinnerung: Am Morgen des 13. Januar 2011 verunglückte das Tankmotorschiff (TMS) Waldhof nahe dem Loreleyfelsen. Zwei Besatzungsmitglieder kamen bei dem Unglück ums Leben.

Das mit fast 2,4 Tonnen Schwefelsäure beladene Schiff schlug quer und blockierte bei Stromkilometer 555,3 die Talfahrt. Während der Bergung war der Rhein zeitweise für die Berg- und Talfahrt gesperrt. 420 Schiffe, die zu Tal fahren wollten, mussten bis zu dreieinhalb Wochen auf ihre Passage warten.

Darunter befanden sich auch Schiffe, die mit Kohle beladen waren. Manch einem Heizkraftwerksbetreiber drohte mit zunehmender Dauer der Sperrung im wahrsten Sinne das Feuer auszugehen, weil seine Reserve nur noch wenige Tage gereicht hätte. In der Schweiz wurde plötzlich das Benzin teurer. Einfach deshalb, weil der begehrte Sprit nicht in den Bunkern der Tankstellen, sondern in den Laderäumen der wartenden Schiffe ruhte. Man stelle sich die geographische Lage der Schweiz und die Abhängigkeit vom rohölverarbeitenden Markt vor. Ein solcher ist in der Schweizer Idylle kaum vorstellbar. Sogar die Elektronikbranche war betroffen, weil einer der weltweit größten Konzerne gerade ein neues Smartphone eingeführt hatte. Leider

konnte er nicht ausliefern, weil sich die Geräte in einigen Containern (ganz unten) im Bauch eines wartenden Gütermotorschiffes befanden.

### Neue „Rheinpolizei“

Diese Havarie rief die Innenminister der Rheinanliegerstaaten Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und auch Saarlands auf den Plan. Sie sind seither fest dazu entschlossen, die im Zusammenhang mit der Havarie offensichtlich gewordenen Schwachstellen im Polizeilichen Vollzug zu beheben. Die Neuschöpfung soll sich „Rheinpolizei“ nennen.

In der Tat versuchen die Länder das schwierige Unterfangen, ohne Streichung

von Stellen oder Sachmitteln, die polizeiliche Präsenz auf dem Mittelrhein deutlich zu verbessern. Zum Beispiel sollen auf fremden Hoheitsgebieten gegenüberliegende Wasserschutzpolizei-Wachen aufgelöst und so verteilt werden, dass die Polizei – unabhängig von der Landesfarbe des Tuchs am Flaggenstock – in regelmäßigen Streckenabschnitten postiert ist. Die Umorganisation von Dienststellen, die nur tags über besetzt sind, in 24-Stundendienste und umgekehrt gehört u.a. auch zu diesen Überlegungen.

Man darf also gespannt sein, was die eigens für die Neudefinition der Rheinpolizei eingesetzte Arbeitsgruppe präsentieren wird. Bisher – so unsere GdP-Vertreter – scheinen die Vorschläge Gutes zu versprechen. *hjm*

## GDP INTERN

### Frank Richter verabschiedet

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Frank Richter aus Mülheim an der Ruhr, ist Anfang November 2012 zum Polizeipräsidenten von Hagen ernannt worden und legt seine Ämter in der GdP nieder.



**Der alte und der neue Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen: Frank Richter und Arnold Plickert nach der Schlüsselübergabe (von links).**

**Foto: GdP/Manfred Vollmer**

Am 15. November hat in Mülheim an der Ruhr der Beirat der GdP-NRW den bisherigen stellvertretenden GdP-Vorsitzenden Arnold Plickert zum Nachfolger gewählt (DP berichtete im Heft 12/2012).

Der langjährige Landesvorsitzende von NRW, Frank Richter, hat seit dem Jahr 2000 auch diverse Ämter im Bundesvorstand der GdP inne:

- seit 2000 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand und Schriftführer
  - seit November 2010 stellvertretender Bundesvorsitzender und
  - auf Europaebene seit Mai 2010 Mitglied des Exekutiv-Komitees von EuroCOP.
  - Im Geschäftsführenden Bundesvorstand war Richter insbesondere für die Bereiche Internationales/EuroCOP, Verkehrspolitik, Arbeitsschutz, Deutsche Hochschule der Polizei und der Seniorenpolitik zuständig.
- Richter ist seit seinem Eintritt in die Polizei auch Gewerkschaftsmitglied.

„Es waren erfolgreiche, spannende Jahre“, sagte Frank Richter bei seiner Verabschiedung Mitte November in Mülheim. Gewerkschaftsmitglied zu sein, sei eine Grundeinstellung: „Das ist man sein Leben lang. Daran ändert auch ein neues Amt nichts“. Diese Haltung hat seine Arbeit in und für die GdP geprägt.

Wir danken dem Kollegen Richter für die langjährige konstruktive Zusammenarbeit, wünschen ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg und sind uns gewiss, dass er seine gewerkschaftlichen Wurzeln nicht vergessen wird.

Am 9./10. Januar 2013 erfolgt durch den Gewerkschaftsbeirat die Wahl des Nachfolgers von Frank Richter für den Geschäftsführenden Bundesvorstand. *kör*





## EuroCop-Sitz in Brüssel verstärkt Einfluss auf politische Entscheidungen

Richter, der dem Komitee über seine Funktion in der Gewerkschaft der Polizei rund sieben Jahre angehörte, engagierte sich im Unterausschuss 'Health and Safety' und übte sein Amt als erster Vizepräsident von EuroCOP noch einmal rund ein Jahr lang aus. Der 53-jährige, der den Vorsitz im GdP-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen inne hatte, war von der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Polizeipräsidenten in Hagen ernannt worden.

Die Präsidentin von EuroCOP, Anna Nellberg, dankte Frank Richter für seine

**„EuroCOP kann und muss vorangebracht werden. Ihr habt die Chance und ich weiß, Ihr werdet die Chance nutzen, die künftigen Themen so zu besetzen, dass der Spagat zwischen europäischer Politik und Praxis-tauglichkeit gelingt. Greift Themen auf, die für den Streifenpolizisten in Belfast genauso interessant sind wie für die Kollegen in Barcelona oder Athen. Tragt die europäischen Ideen weiter und kämpft für Solidarität. Lasst Euch nicht auseinanderdividieren, weder von der Politik noch innerhalb von EuroCOP“, mit diesem eindringlichen Appell verabschiedete sich der aus seinen gewerkschaftlichen Ämtern scheidende bisherige EuroCOP-Vizepräsident und stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Frank Richter auf der Herbstsitzung des EuroCOP-Exekutivkomitees im Oktober in Berlin.**



**Sicherheitspolitik ist schon lange keine nationale Angelegenheit mehr. Das EuroCOP-Exekutivkomitee auf seiner Herbstsitzung in Berlin.**

**Foto: Holecsek**

langjährige Tätigkeit für EuroCOP und verband ihre guten Wünsche für die Zukunft mit einer Bitte: „Auch wenn Du jetzt als Behördenleiter agieren wirst, denke immer daran, wo Deine Wurzeln liegen und was Du bist, nämlich ein herausragender Gewerkschafter mit Herz und Verstand, der es versteht, die Menschen mitzunehmen und für die Anliegen der Polizei zu begeistern!“

Richters Appell, die Einheit der europäischen Polizeigewerkschaften zu wahren und zu stärken, unterstützte GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut vor den Mitgliedern des Exekutivkomitees durch Beispiele gemeinsamer Auf-

gaben, insbesondere bei internationalen Polizei-Einsätzen. Witthaut: „Es ist absehbar, dass Aufgaben der deutschen und europäischen Polizeien in ausländischen Missionen zunehmen werden. Die internationalen Missionen und Verwendungen haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Aufbauhilfe für die afghanische Polizei stellt für alle daran beteiligten Polizeikräfte eine Zäsur dar. Die Verwendung der Polizei im Ausland ist mit dem normalen Einsatzgeschehen der Polizei im Inland nicht vergleichbar. Weil sie nicht vergleichbar sind, werden polizeiliche Missionen in der Öffentlichkeit selten wahrgenommen. Während mi-

litärisches Handeln oft kritisch hinterfragt wird, und zwar einerseits kritisch in Bezug auf das konkrete Einsatzgeschehen der Soldatinnen und Soldaten, aber auch kritisch in Bezug auf die Ausrüstung und die Versorgung des Militärs, so existiert eine kritische Auseinandersetzung mit Polizeimissionen aus der Sicht der GdP kaum.“ Auch der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Dr. Ole Schröder sieht in Zukunft mehr Polizeimissionen im Ausland: „Sicherheitspolitik ist schon lange keine rein nationale Angelegenheit mehr. Europäische und internationale Zusammenarbeit ist in diesem Bereich unerlässlich. Und sie beschränkt sich keineswegs





# Nur für GdP-Mitglieder: Advocard-Verkehrs- Rechtsschutzversicherung

**Günstiger als alle geprüften Anbieter im Finanztest 07.2012:**

**Schon ab 55 € im Jahr!**



Zur Absicherung u.a. als

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

**Wahlweise als Single Tarif (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als Familien/Partner Tarif.**

**Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.**

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Grundsätzlich keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Keine Wartezeit
- Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

**Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

**Bitte senden an:** OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **per Fax:** 0211 / 710 42 72, **per E-Mail:** Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ  Wohnort

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)  GdP-Mitgliedsnummer

Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners  E-Mail

**Ich wünsche ab  den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**  
(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG) verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)

**Versicherungssumme:** 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **55,00 €\***   Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €\***

Vorversicherung  nein  ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom  Versicherungsnehmer  Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)  Unterschrift

**Einzugsverfahren**

Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH wird widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldinstitut  BLZ  KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)  Datum (TT.MM.JJJJ)  Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

**\* Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.



auf das militärische oder das rein außenpolitische Engagement. Neben entwicklungs- und außenpolitischen Erwägungen steht eines für uns und alle EU-Mitgliedstaaten fest: weltweite Friedenssicherung dient immer zugleich auch unserem Eigeninteresse an der Gewährleistung der inneren Sicherheit.“

Bernhard Witthaut forderte indes von der Politik mehr Transparenz bei der Entscheidung über internationale Polizeieinsätze ein. Witthaut: „Konflikte, die aus militärischen Konfrontationen und daraus resultierenden polizeilichen Missionen entstehen, müssen transparent in der Öffentlichkeit und umfassend in den dafür vorgesehenen Gremien beraten und entschieden werden.“

Er beklagte die mangelnde parlamentarische Kontrolle: „Völlig unklar bleibt bislang die Beteiligung des Europaparlaments. Wir erwarten, dass sich auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die Polizeien Europas interessieren und auch einsetzen.“ Neben einer verbesserten Ausstattung und Absicherung der eingesetzten Polizeibeamtinnen und – beamten fordern wir klare Missionsziele, eine bessere Organisation und Sicherheitsgarantien in Krisengebieten für die Polizei.

Staatssekretär Dr. Schröder dämpfte die Erwartungen an die Rahmenbedingungen der Einsätze, machte jedoch zugleich deutlich, welch hohen Stellenwert die Einsätze auf der internationalen Bühne haben: „Wir können nicht erwarten, dass wir durch unsere Einsätze in den Ländern Bedingungen schaffen, die mit europäischen Standards gänzlich vergleichbar sind. Das wäre unrealistisch. Es würde oft auch gewachsenen Strukturen widersprechen und neuen Unfrieden schaffen. Wir können aber helfen, die Staaten zu befähigen, ihre zentralen staatlichen Aufgaben wahrzunehmen und Menschenrechte zu achten. So kann erreicht werden, dass die Bevölkerung die neuen Strukturen annimmt und stützt.“

Die europäischen Polizeikräfte unterstützen den Aufbau rechtsstaatlicher



**Mehr Transparenz bei der Entscheidung über internationale Polizeieinsätze forderte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, auf der Herbstsitzung des EuroCOP-Exekutivkomitees, hier in der deutschen Delegation. Von links: Elke Gündner-Ede, Bernhard Witthaut, Sascha Braun, Jörg Radek. Foto: Holeczek**

Verhältnisse. Europas Polizeibeamte sind Teil unserer Demokratie und dafür stehen sie auch bei ihren Auslandseinsätzen ein. Eine enge Abstimmung mit den europäischen Partnern und dem Auswärtigen Amt ist gerade für unsere Einschätzung wichtig.“

Bernhard Witthaut definierte darüber hinaus die Grenzen der Polizeieinsätze: „Polizisten dürfen nicht in Regionen eingesetzt werden, in denen Kriegszustände herrschen. Sofern sich die Lage in einer Region so verändert, dass sie als Kriegsgebiet zu charakterisieren ist, müssen Polizisten unverzüglich dieses Gebiet verlassen. Die eingesetzten Polizeibeamten müssen aus Sicherheitsgründen in die Alarmierungs- und Evakuierungssysteme der internationalen Streitkräfte eingebunden sein. Also: Keine Polizei in Kriegsgebieten“

Europäische Polizeibeamte seien auch in Zukunft keine Kombattanten, sie dürften auch nicht durch multilaterale Organisationen unter das Kommando eines Kombattanten gestellt werden, so der GdP-Bundesvorsitzende, der für jede Polizeieinsätze im Ausland auch eine klare Exit-Strategie einforderte. Er schloss mit den Worten: „Der Einsatz deutscher und internationaler Polizei im Ausland ist ein unverzichtbarer Bestandteil europä-

ischer Außenpolitik geworden. Um die wichtigen Aufgaben der Gewerkschaften wahrnehmen zu können, müssen dringend inhaltliche und organisatorische Mängel bei der Planung und Umsetzung von Auslandseinsätzen der Polizeien der europäischen Staaten abgestellt werden. Wir sind überzeugt davon, dass unsere Vorschläge und Forderungen sicheren und erfolgreichen Polizeieinsätzen im Ausland dienen werden.“

Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, berühren in zunehmendem Maße die Arbeits- und Berufssituation der Kolleginnen und Kollegen in allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft, bis hin zur Arbeitszeit. Um einen stärkeren Einfluss auf die politischen Diskussionen und die Gesetzgebung nehmen zu können, beschloss das EuroCOP-Exekutivkomitee, den Sitz des EuroCOP-Büros von Luxemburg nach Brüssel zu verlegen. Der scheidende Vizepräsident Frank Richter: „Der Einfluss von EuroCOP auf politische Entscheidungen muss stärker werden. Wir haben das Potential für diese Stärke, wir haben die Inhalte für eine Profilierung und jetzt muss es uns gelingen, organisatorisch dorthin zu gehen, wo wir für unsere Kolleginnen und Kollegen am meisten bewegen können, und das ist Brüssel.“

**Br/hol**





# Respektfähigkeit und Meinungsfreiheit

„Machen wir uns nichts vor, es geht doch nicht um Religion. Es geht um Macht, um Auseinandersetzung und am Ende um die Lust an Gewalt und Zerstörung. Hier die geschürte Empörung der einen, die in der Folge Botschaften stürmen, den US-Botschafter ermorden, selbst sterben mitten im Aufruhr. Dort die Empörung der anderen: So seien sie eben, die Muslime, sie entsprechen dem Klischee, das jenes Video und die Karikaturen von ihnen zeichnen – dumpf, ungebildet, gewalttätig.“ schrieb Dr. Margot Käßmann, Herausgeberin des Magazins „chrismon“ und Botschafterin

**Ein von Privatleuten in den USA gedrehtes Video unter dem Titel „Innocent of Muslims“ (Unschuld der Muslime), das den islamischen Propheten Mohammed als verrottelten, lüsternen Bösewicht darstellt, taucht auf der Internet-Plattform Youtube auf, mit verheerenden Folgen. Nachdem der Trailer dieses Schmähvideos über den Propheten Mohammed ins Arabische übersetzt worden war, breiten sich Empörung und Wut rasend schnell in der muslimischen Welt aus. Es folgen gewaltsame Ausschreitungen, bei denen mehrere Menschen – darunter der US-Botschafter in Libyen – ums Leben kommen. Im Maghreb, im Nahen Osten bis nach Malaysia, gehen Muslime auf die Straße. Nicht nur in Deutschland löst das Video eine heftige Diskussion über die Freiheit der Kunst und die Meinungsfreiheit aus. Eine Verbotsdiskussion geht um.**



Proteste gegen das Mohammed-Schmähvideo in Tunis

Foto: Fauque Nicolas/dpa

der evangelischen Kirche für das Reformationsjubiläum 2017.

## Bundsvorstand hört Fachleute

Aber wie sind sie, die Muslime? Wie halten sie es mit der Meinungs- und Glaubensfreiheit anderer und der eigenen? Der Bundsvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ging dieser Frage nach und lud zwei Fachleute zu seiner Sitzung im November 2012 nach Potsdam ein: Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland und Dr. Sebastian Roßner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtssoziologie der

Juristischen Fakultät der Heinrich Heine Universität Düsseldorf.

Wer den Grund der Erregung kennenlernen wolle, musste „Innocent of Muslims“ unter den Millionen Youtube-Einträgen erst suchen. Er lief nicht in Kinos, Fernsehsender, auch die öffentlich-rechtlichen in Deutschland zeigten nur Sekundensequenzen in der journalistischen Klemme, keine Propaganda für das Machwerk zu betreiben, dem Zuschauer aber dennoch zeigen zu müssen, wozu es geht.

## Hohe Güter

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland:

„Kunstfreiheit ist in unserem Grundgesetz auch deswegen verankert, weil durch die Nazis ein Missbrauch geschah. Mit der so genannten entarteten Kunst drückte der Staat seine Geschmacks- und sonstigen Werte dem Volk auf. Vor diesem Hintergrund sind wir uns sehr wohl bewusst, dass Kunst und Meinungsfreiheit hohe Güter sind, die nicht angetastet werden sollen. Auf der anderen Seite, leben wir im 23. Jahrhundert in einer Gesellschaft, die different ist, die plural ist, die ganz unterschiedliche Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften vereint. Das ist schon eine andere Situation als in der Nachkriegszeit oder kurz nach entstehen des Grundgesetzes.“

## Zwietracht und Hass

In der öffentlichen Debatte hatte sich Aiman Mazyek, für ein Verbot des in den USA produzierten islamfeindlichen Films in der Bundesrepublik ausgesprochen. „Ich denke schon, dass wir alle rechtlichen Mittel ausschöpfen müssen“, sagte er gegenüber den ARD-Tagesthemen. Das Video, in dem der Prophet Mohammed verunglimpft wird, habe zum Ziel, „Zwietracht und Hass zu säen“. „Das möchte ich natürlich mit allen Mitteln verhindern“, sagte Mazyek.

## Ausgleich suchen

Die lange Tradition der Satire und Schmähung von Religion und Religionsgemeinschaft in Deutschland und Europa habe hingegen eine wesentliche Rolle bei der Entstehung moderner säkularer Gesellschaften gespielt und dienen überhaupt der Entstehung religiöser Unterschiedlichkeit, so Dr. Sebastian Roßner vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtssoziologie der





**Teilnehmer einer Demonstration protestieren Mitte September 2012 in Freiburg hinter Polizisten gegen das umstrittene Islam-Video. Der Film sorgt weltweit für Proteste. Foto: Patrick Seeger/dpa**

dererseits schaffen könne, so Dr. Roßner.

**Polizei zwischen den Stühlen**

Immer wieder gerät die Polizei in der öffentlichen Diskussion, bis hin zum konkreten Einsatz, zwischen die Stühle verschiedener Grundrechtspositionen. So bei der Frage, ob eine genehmigte Demonstration von Rechtsextremisten verhindert werden darf. Ob also die Grundrechtswahrnehmung von Demonstrationen durch Personen, deren politisches Ziel es offenbar ist, den Grundrechtskanon zu zerstören, von anderen zum Schutz eben dieser Grundrechte rechtswidrig unterbunden werden darf? Oder ist es nicht absurd, wenn Grundrechtseinschränkungen zum Schutz der Grundrechte legitimiert werden sollen? Verhält es sich nicht ähnlich der religiösen Schmähung, die Religionsfreiheit erst erschuf?

**Keine Empfindlichkeitsmeßlatte**

Nach den Worten Aiman Mazyeks ging es den Muslimen in Deutschland nicht um eine „Empfindlichkeitsmesslatte“ nach dem Motto: „Die Muslime sind besonders empfindlich und deshalb muss man da besonders Rücksicht nehmen. Es ging uns auch nicht um die Verteidigung der Gottehre, weil für uns gar nicht der Tatbestand der Verletzung von Gottes Ehre möglich ist. Gott steht haushoch über Würde und Ehre der Menschen. Man kann die Ehre Gottes nach unserem Glaubensverständnis gar nicht angreifen. Es geht uns darum, dass Meinungs- und Kunstfreiheit und auch Religionsfreiheit hohe Güter sind, die nicht angetastet werden dürfen, aber es geht uns gleichzeitig um die Respektfähigkeit in unserer Gesellschaft. Wir müssen Formen des Miteinanders, des gegenseitigen Respektierens lernen, erlernen und auch einüben.“

**Ruhestörung?**

Der Zentralrat der Muslime hatte sich der Haltung der Bundesregierung angeschlossen, die geprüft hat, inwiefern eine

öffentliche Inszenierung des Films, z. B im Sinne einer Ruhestörung untersagt werden kann. Aiman Mazyek: „Die Prüfung solcher Verfahren hat auch einen gewissen pädagogischen Aspekt, auch für die Gesellschaft. Und zwar nicht im Sinne einer Einschränkung der Meinungs- und Kunstfreiheit, sondern im Sinne einer Respektfähigkeit. In der Gesellschaft erleben wir zunehmend einen aggressiven Atheismus, der sich sehr selbstbewusst darstellt und der sich auch ganz im Zeichen und der Tradition der Aufklärung und der Werte der Aufklärung versteht. Das ist nicht zu beanstanden. Aber es gibt in den Reihen von anti-religiösen Gruppen auch Extremisten und denen schwebt eine Gesellschaft vor, in der Religion ganz aus der Öffentlichkeit und aus dem öffentlichen Leben verbannt werden soll. Dagegen müssen wir uns wehren. Dieses Schmähdvideo war für gewisse Gruppen eine Projektion. Wie also begegnen wir der Gefahr, dass darauf Extremisten versuchen, ihr Süppchen zu kochen.“

**Respekt ist schwierig zu fassen**

Das Lexikon sieht Respekt normalerweise auf zwischenmenschliche Beziehungen angewandt, aber auch auf Tiere, Gruppen, Institutionen, Länder oder Moralansichten, bzw. auf fremde gesellschaftliche Ansichten. Danach impliziert Respekt nicht notwendigerweise Achtung,

Anzeige







**Muslime veranstalten Mitte September 2012 in Dortmund eine Demonstration gegen das islamfeindliche Schmähvideo aus den USA. Das Video führte weltweit zu Protesten.**  
Foto: Marcus Simaitis/dpa

aber eine respektvolle Haltung schließt bedenkenloses egoistisches Verhalten aus. Jedoch: Die Respektvorstellung ist etwas Vorausgehendes und leitet sich nicht aus einer Rechtsvorstellung ab, was die Entscheidung darüber, was erlaubt und verboten werden soll nicht gerade erleichtert.

### Aufführungsverbot nur vor Moscheen

Dazu Dr. Roßner: „Es kann sicher angenommen werden, dass der Film die religiösen Gefühle von Muslimen verletzt. Bei einer Aufführung in geschlossenen Räumen ist der entscheidende Gesichtspunkt einer Beurteilung jedoch, dass es leicht möglich ist, der Vorführung, und damit der Gefühlsverletzung, auszuweichen. Umgekehrt würde ein Verbot der Aufführung die Ausübung der Meinungsfreiheit und der anderen involvierten Grundrechte in dieser Situation gänzlich unterbinden. Ein Verbot scheidet gemessen an den Grundrechten in dieser Situation daher aus. Ein anderes Resultat kann sich ergeben, wenn die Aufführung so stattfindet, dass Gläubige den Anblick des Films nicht in zumutbarer Weise vermeiden können, etwa bei der Aufführung vor einer Moschee. Bei einer Diskussion des Films sollte die auf Provokation und das Schüren gesellschaftlicher Aggressionen gerichtete Zielsetzung der dahinter stehenden Personen nicht vergessen werden. Eine sachliche Debatte tut not.“

### Abwegiges erlaubt

Aber auch abwegige Meinungen sind erlaubt und über Kunst streitet man bes-



**Ein Blumenmeer an der Stelle, wo Theo Van Gogh in Amsterdam 2004 ermordet wurde.**

Foto: dpa

ser nicht, auch wenn sie sich in Fettecken offenbart. Denn über eines waren sich alle Seiten einig, nahezu weltweit: Qualität und Inhalte des umstrittenen Videos waren nicht diskussionswürdig. Anders bei dem Mord an den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh, der im November 2004 auf offener Straße in Amsterdam von einem radikalen Islamisten getötet wurde. Grund war van Goghs kritischer Film „Submission“, der von der vermeintlichen Unterdrückung der Frau im Islam handelte. Auch andere Ereignisse, die zur Empörung und zu Gewalt nicht nur in muslimischen Ländern führten, waren von inhaltlich anderer Qualität.

2005 berichtete „Newsweek“, dass US-Soldaten in Guantánamo einen Koran in die Toilette geworfen haben sollen. Pro-

teste in Pakistan, Indien, Indonesien und im Gaza-Streifen folgen. Allein in Afghanistan starben 16 Menschen, 100 werden verletzt. Das Magazin zieht den Artikel später wieder zurück.

Die „Mohammed-Karikaturen“ des Kurt Westergaard in der dänischen Zeitung Jyllands-Posten im September 2005 lösen weltweite Proteste aus.

Papst Benedikt XVI. zitiert im September 2006 einen byzantinischen Kaiser aus dem 14. Jahrhundert: Der Prophet Mohammed habe demnach nur „Schlechtes und Inhumanes“ gebracht. Auch hier folgen empörte Proteste der Muslime, zum Beispiel im Gaza-Streifen.

Im Internet veröffentlicht der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders 2009 seinen Kurzfilm. Darin beschimpft er den Islam als faschistisch und fordert ein Verbot des Korans. Diesen setzt er außerdem mit Hitlers „Mein Kampf“ gleich.

Islamische Staaten fordern die niederländische Regierung auf, rechtlich gegen den Film vorzugehen. Wilders wird wegen Volksverhetzung angeklagt, der Prozess geht allerdings zu seinen Gunsten aus. In Pakistan und Indonesien protestieren Tausende Muslime gegen den Film.

### Schalke-Lied in der Kritik

Sogar eine Strophe im Vereinslied von Schalke 04 sorgte 2009 beim Traditionsverein für hunderte Protest-E-Mails. Dort heißt es: „Mohammed war ein Prophet/Der vom Fußballspielen nichts versteht. Doch aus all der schönen Farbenpracht – hat er sich das Blau und Weiße ausgedacht.“ Der Verein lässt die Textstelle von einem Islamwissenschaftler prüfen, der, Allah sei





## GESELLSCHAFT

Dank, darin nur richtigerweise eine nach dem bewährten Reim-dich-oder-ich-krich-dich-Prinzip aufgebaute Ruhrgebietspoesie erkannte und keine islamfeindliche Gesinnung. Die Zeile darf weiter gesungen (und deshalb auch hier zitiert) werden.

Im März 2011 nimmt der radikale US-Pastor Terry Jones an einer Koran-Verbrennung in einer Kirche in Florida teil. Gewalttätige Proteste folgen, in Afghanistan sterben zahlreiche Menschen. Jones hatte bereits 2010 mit der Ankündigung zur Verbrennung eine Protestwelle losgetreten.

Im Zeichentrickfilm Persepolis der Iranerin Marjane Satrapi von 2007 wird Gott als alter, bärtiger Mann dargestellt. Nach der Ausstrahlung des Films in Tunesien 2011 demonstrieren wegen dieser Darstellung Tausende Menschen vor dem Sitz des Fernsehsenders. Als Reaktion

darauf protestieren drei Tage später in Tunis wiederum Tausende für das Recht auf Meinungsfreiheit.

Angeblich aus Versehen verbrennen Soldaten eines US-Stützpunktes mehrere Koran-Exemplare im Februar 2012. Heftige Proteste sind die Folge. Aufgebrachte Afghanen belagern den amerikanischen Stützpunkt, werfen Steine und klettern über die Mauer. Zwölf Menschen sterben.

### Beitrag zur Zivilisation

Neben offenkundigen Provokationen lösten auch geistige Schöpfungen Demonstrationen, Krawalle und sogar Morde in der islamischen Welt aus, deren Zensur sich in einer freiheitlichen Demokratie zweifelsfrei verbieten. Wie zum Beispiel die Werke des indisch-britischen Schrift-

stellers Salman Rushdie, der sich ein Leben lang vor dem in der Fatwa des damaligen iranischen Staatschef Khomeini ausgesprochenen Mordauftrags verstecken muss.

Das lateinische Respekt, so belehrt das Lexikon, meint „Zurückschauen, Rücksicht, Berücksichtigung“ und bedeutet auch Wertschätzung, Aufmerksamkeit und Ehrerbietung. Respektfähigkeit, wie der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime einklagt, ist ein lohnenswertes Lernziel jeder Gesellschaft. Wäre es erreicht, gäbe es keine Schmähdvideos, aber auch keine gewaltsamen Krawalle aus Protest dagegen. Dr. Roßner: „Und die beißende Kritik an den Kirchen hat, wenn man aus dieser Perspektive auf das Problem blickt, also dazu beigetragen, das Christentum zu zivilisieren und zu modernisieren.“ Damit ist sie auch eine Chance für manche Religionsauslegung. **Rüdiger Holeczek**

## Reise & Erholung



### Gardasee – Ferienhaus

**Herrliche Lage, traumhafter Seeblick,** mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 komfort. Whng. komplett einger. (Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.).

Wellness können wir Ihnen nicht bieten aber ital. Ambiente und eine Traumlandschaft f. Wanderer, Biker u. Surfer, Baden im See.

Sie wären nicht der Erste, der immer wiederkommt. Für Polizei u. Angehörige bis **15% Rabatt.**

Hausprospekt unter:

Tel.: 0821-9069042 oder 08231-88369

Mail: ru-ho@t-online.de

www.casabellavista-Ferienhaus.de



### Sommer Abenteuer bei uns

**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € **157,-**

office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
www.mauritius-traumvilla.de

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Südstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
www.fehmarn4family.de

**Mittlerer Schwarzwald**  
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,  
50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag,  
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem  
Schwarzwaldtal viele interessante  
Ausflugsmöglichkeiten (z.B. Europapark,  
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger  
Wasserfälle) in nächster Umgebung und  
**Natur pur.** Hausprospekt unter  
Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66

**Machen Sie sich ein Bild unter**

www.mittelschwarzwald.de  
Sie werden begeistert sein!

**SPANIEN: Costa Dorada**  
– Südl. Tarragona –  
Preisgünstiger Urlaub im  
Ferienhaus bis 4 Pers./5 in kleiner  
gemütl. deutsch. Ferienanl. mit  
großem SW-Pool, Grill, Gästebar  
mit TV. Hunde sind willkommen.  
E-Mail: los-vagos@gmx.net Infos:  
www.los-vagos.de  
Tel.: 00 34/9 77 17 05 29

**Ferienhaus in Mittelschweden**, schwedisches  
Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Aus-  
st.: Waschma./TR., Gefrierschrank, Sat-TV.  
Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche.  
Tel.: 0 41 54/55 52 0.  
www.ferienhaus-schweden-koennecke.de

**Franken**, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift,  
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,  
DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Zur Sonne,  
91626 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

### Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf Ferienchalet Heidehof

komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner  
Jugendstilvilla. Fahrradverleih, Dreiländereck  
D/PL/CZ, Fam. Zein. Tel.: 03 58 44/7 27 23,  
www.heidehof-jonsdorf.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Das Präventionsportal  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

**www.PolizeiDeinPartner.de**



# Investition in die Zukunft

## Prävention ist der beste Opferschutz

„Die Prävention als polizeiliche Aufgabe wird in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Genau in dieses Blickfeld gehört die Präventionsarbeit aber.“ Frank Richter, bisheriger Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen und seit dem 1. November 2012 neuer Polizeipräsident von Hagen, betonte zur Eröffnung des Polizeitages 2012 in Düsseldorf zum Thema „Prävention als polizeiliche Aufgabe“ die Notwendigkeit des Umdenkens. Rund 100 Teilnehmer waren der Einladung des Spiegels und der Gewerkschaft der Polizei zu dieser Veranstaltung gefolgt.

Innere Sicherheit in Deutschland sei mehr als die Polizei. Prävention sei mehr als Polizei. „Es geht auch um Zivilcourage. Es geht um Hinschauen statt Wegschauen“, so Richter. Erfolgreich würde Prävention erst durch die Vernetzung und durch maßgeschneiderte Konzepte. Die erfolgreiche Prävention als Kernaufgabe der Polizei erwirke einen Stellenabbau bei der Polizei. Und natürlich koste Präventionsarbeit auch Geld. „Dies ist aber eine In-

vestition in die Zukunft. Jede verhinderte Straftat ist eine Entlastung für die Polizei. Diese Präventionsdividende sollten wir angehen“, forderte Richter und betonte weiterhin, dass Sicherheit die Prävention wert sein sollte: „Eine geahndete Straftat steht in jeder Polizeilichen Kriminalstatistik. Jede verhinderte Straftat steht in keiner Statistik.“

„Wir brauchen einen Vorsorge-Staat, einen präventiv handelnden Staat, einen

frühzeitig handelnden Staat.“ Mit diesen Worten begrüßte Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, die Teilnehmer des Polizeitages in Düsseldorf. Nach Innenminister Jäger ist Prävention der beste Opferschutz, der aber nicht nur dem Selbstzwecke diene, sondern auch einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit darstelle. Prävention, etwa gegen Gewalt, Extremismus und die Gefahren des Internets, müsse aber nicht nur früh beginnen.

„Prävention muss man auch mit Leben ausfüllen“, so Jäger. Daher erläuterte er einige der verschiedenen Präventionsprojekte in NRW. So habe man etwa einen Aktionsplan gegen Gewalt an Mädchen und Frauen erstellt, der durch die Polizei begleitet werde. „Wir müssen dieses Thema an die Oberfläche holen, sowohl in der Schule als auch in der Familie selbst. Wir müssen die bestehenden Rollenmuster brechen“, so Jäger.

### Kurve Kriegen

Das Projekt „Kurve kriegen“ richte sich an intensive und rückfällig werdende jugendliche Straftäter. Der nordrhein-westfälische Innenminister zweifelt an den

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

**Beamtendarlehen supergünstig**

**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.  
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldsicherung.

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen**  
Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**BARGELD** noch HEUTE!  
Tel. 02 01/22 13 48

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10 000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)



**Caritas international**

www.caritas-international.de  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075



**Diakonie Katastrophenhilfe**

www.diakonie-katastrophenhilfe.de  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 60010070

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**[www.kredite-fuer-beamte.de](http://www.kredite-fuer-beamte.de)**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

**[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke

## PRÄVENTION



**Frank Richter, ehemaliger NRW-Landesvorsitzender und heutiger Polizeipräsident in Hagen bei der Eröffnung des „Polizeitages 2012“ in Düsseldorf.**

*Foto: Behörden Spiegel/Jung*

derzeit betriebenen Formen des Jugendstrafvollzuges. Gegen Mehrfachtäter und Intensivtäter müsse frühzeitig etwas bewirkt werden, der erkennbare Karriereweg frühzeitig gebrochen werden. Unterstützt durch pädagogische Fachkräfte würden aktuell 180 Jugendliche im Alter zwischen acht und 15 Jahren in acht Polizeibehörden an diesem Projekt teilnehmen. „Kinder brauchen Hilfe, keine Strafe“, sagte Jäger. Zudem gelt es, mit diesem Projekt auch die Eltern der jugendlichen Straftäter wachzurütteln.

### Riegel vor

Das präventive Projekt „Riegel vor“ richte sich gegen die zunehmende Zahl an Wohnungseinbrüchen in Deutschland. Deren Ursache erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister in offenen Worten: „Dieses Phänomen hat seine Ursache in der Gesellschaft, konkret in der Osterweiterung der Europäischen Union. Vor allem die Roma in Bulgarien und Rumänien leben in ihrer Heimat unter

derart erbärmlichen Zuständen, dass es sie in ihrer extremen Not nach Deutschland zieht.“ Die Folge dessen seien zunehmende Wohnungseinbrüche vor allem in Großstädten und entlang von Autobahnen. Im vergangenen Jahr wurden daher alleine in NRW 40 Ermittlungskommissariate installiert. Diesem Phänomen könne die Polizei jedoch nicht alleine entgegenwirken.

„Hier bedarf es der gegenseitigen Kontrolle unter Nachbarn als Präventionsmaßnahme“, so Jäger. Kopfschüttelnd erklärte der NRW-Innenminister dabei, dass die Prävention gegen Wohnungseinbrüche technisch sehr einfach sei. „Es ist nur ein kleiner Knopf am Fenster. Auch wenn dieser den Einbruch nicht verhindern kann, verzögert er dennoch das Öffnen des Fensters oder der Tür. Sehr viele Einbrüche werden abgebrochen, wenn es dem Täter nicht schnell genug geht.“ Jäger forderte daher, dass Sicherheitstechnik zumindest bei Neubauten zur Pflicht werden solle.

Erfolgreich sei NRW aber nicht nur mit diesen Projekten. Als Erfolg bezeichnete Ralf Jäger auch den bislang zweimal im Vorfeld angekündigt durchgeführten Blitz-

Anzeige

## Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 1,30 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto) mit der GdP-VISA-Card
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten – mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter [www.gdp.de/kreditkarte](http://www.gdp.de/kreditkarte)





# 2013 – Alle Termine im Griff ...

... mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

## Polizeiterminer 2013

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



4,50 €

## Polizeikalender 2013

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die neuen Fahrerlaubnisklassen“ und „Die Entwicklung des Fahrpersonalrechts“



10,90 €

## Cartoon-Wandkalender Polizei 2013

Seit mehr als 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 großformatige farbige Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibesetzte

## Unsere Kalender zum Sonderpreis!

### Paket 1:

Alle 3 Kalender  
zusammen für nur

17,50 €

### Paket 2:

Polizeiterminer und  
Polizeikalender für nur

7,50 €



im Paket günstiger!

**Tipp:** Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

## PRÄVENTION

Marathon. Mit diesem wolle man keine Knöllchen kassieren, sondern gezielt auf das Verhalten der Fahrer einwirken. Der Termin für den nächsten Blitz-Marathon stehe bereits fest. Diesen wolle NRW nicht nur gemeinsam mit anderen Bundesländern, sondern auch gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden durchführen. Prävention sei der beste Opferschutz und der beste Schutz gegen Kriminalität. Dennoch reiche Prävention alleine nicht aus.

„Der demographische Wandel macht auch vor der Polizei in Nordrhein-Westfalen nicht halt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, jährlich 1.400 neue Polizisten einzustellen. Damit werden derzeit noch mehr Polizisten eingestellt als in den Ruhestand verabschiedet. Aber dieses Blatt wird sich sehr bald wenden“, betonte Innenminister Jäger deutlich.

Die Polizei dürfe jedoch in ihrer Kernorganisation kein Personal verlieren. „Die Politik muss hier ausreichend Mittel zur Verfügung stellen“, sagte Jäger abschließend.

### Mahnwache kommt von wachen

Gesetzliche Regelungen machen den polizeilichen Alltag nicht unbedingt immer einfach.

Wie Herbert Schenkelberg, Polizeipräsident der Stadt Düsseldorf, im Rahmen des Polizeitages 2012 verdeutlichte, stellt vor allem die Versammlung im Sinne des Art. 8 des Grundgesetzes eine besondere Herausforderung dar. Vor allem im Hinblick auf die aktuell häufiger anzutreffenden Protestcamps, wie gesehen in Stuttgart oder im Fall der „Occupy“-Bewegung. Fallen diese unter das Versammlungsrecht? „Das ist eine komplexe rechtliche Lage“, so Schenkelberg. Grundsätzlich müsse dabei zunächst unterschieden werden, ob ein Camp ein Teil der Versammlung ist oder ein sich außerhalb des eigentlichen Versammlungsortes befindendes „Basislager“. „Dort, wo viele Personen sich für einen längeren Zeitraum zu Protesten aufhalten, haben sie auch einen Anspruch auf Logistik, auf Unterkunft und auf sanitäre Anlagen“, so Schenkelberg. Dabei seien Konflikte vorprogrammiert.

Die Problematik liege aber nicht nur in der Lokalität des Camps an sich. „Auch längerfristige Mahnwachen sind vom Versammlungsrecht erfasst. Ob Tage oder Monate, es gibt keine gesetzlich festgelegte Höchstdauer für Demonstrationen“, so der Düsseldorfer Polizeipräsident. Dennoch gäbe es für die Einsatzkräfte gewisse Möglichkeiten des Eingreifens. „Der Begriff Mahnwache leitet sich von dem Verb



„Riegel vor“ heißt das Motto einer Präventionskampagne gegen Wohnungseinbrüche, die NRW-Innenminister Ralf Jäger vorstellte.

Foto: Innenministerium/NRW

wachen ab. Schlafen leistet keinen aktiven Beitrag zur Meinungsäußerung. Wer einschläft, verlässt also die Versammlung bzw. die Demonstration. Damit greift dann wieder das allgemeine Ordnungsrecht“, führte Schenkelberg aus.

Eine solche Räumung sei aber ein sehr schwieriges Kapitel. Grundsätzlich bestehe

hinsichtlich der Versammlung im Sinne des Art. 8 des Grundgesetzes mehr Unklarheit als Klarheit über die Mittel der Rechtsprechung. Diese biete keine verlässliche Orientierung. „Die Polizei muss hier ihren Ermessungsspielraum offensiv nutzen“, so Schenkelberg.

Patricia B. Linnertz

## BUNDESWEITE SAMMLERBÖRSE

### Nächste bundesweite Polizei-Sammlerbörse

<b>Wann?</b>	28. April 2013
<b>Wo?</b>	Liederbachhalle, Liederbach bei Frankfurt/Main
<b>Kosten?</b>	Lfd. Meter Tisch 3 Euro, für Verpflegung ist gesorgt
<b>Einlass?</b>	7.15 Uhr für Aussteller, 8 Uhr für Besucher, freier Eintritt
<b>Rückfragen?</b>	Harald Schmidt, Tel. 069-766875 Thomas Kuhn, Tel. 06434-6070001 oder 0171-2431175, E-Mail: tr.kuhn@web.de

### 15. bundesweite Polizeiauschiebörse

<b>Wann?</b>	10. März 2013
<b>Wo?</b>	Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Niedervellmarsche Str. 50, 34233 Fuldata bei Kassel
<b>Kosten?</b>	Lfd. Meter Tisch 3 Euro, für Verpflegung ist gesorgt
<b>Einlass?</b>	7.15 Uhr für Aussteller, 8 Uhr für Besucher, freier Eintritt
<b>Rückfragen?</b>	Burghard Graf, Tel. 0561-880250, E-Mail: bpolgraf@arcor.de Reinhold Kraus, Tel. 05603-5861





## Fachvorträge beleuchteten Ermittlungen in sozialen Netzwerken

Mitte November 2012 fand in Wiesbaden das von der JUNGEN GRUPPE (GdP) veranstaltete Seminar „Internetkriminalität – Ermittlungen in sozialen Netzwerken“ statt. Experten erörterten gemeinsam mit den rund 20 aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechtliche Grenzen polizeilicher Ermittlungen im Internet, die Nutzung moderner Kommunikationsformen wie etwa Twitter, kriminalpräventive Maßnahmen für „Onliner“, Facebook-Portale der Polizei sowie die Entwicklung des sogenannten Cybercrime.

Tina Horn, Fachgebiet Eingriffsrecht an der FH für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei in Rheinland-Pfalz, eröffnete am Freitagnachmittag den inhaltlichen Seminarteil und beleuchtete

net und sozialen Netzwerken auf. Zum Thema „Taktische Kommunikation der Polizei über die sozialen Netzwerke am Beispiel ‚Twitter‘ in Großbritannien“ referierte anschließend Sebastian Deneff vom Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT. Er stellte zunächst heraus, dass es beim Einsatz der neuen Kommunikationswerkzeuge für die Polizei darum gehe, die Öffentlichkeit in Ermittlungen einzubinden und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Dabei würden in verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Ansätze verfolgt. Deneff präsentierte anhand zahlreicher ‚Tweets‘ der Greater Manchester Police, wie in Großbritannien die Polizei Bürgerinnen und Bürger per Twitter über ihre täglichen Aktivitäten informieren. Er zeigte auf sehr

setzungen der Ermittlungen in sozialen Netzwerken, (sicherheits-) technische und rechtliche Regelungen der Datenerhebung und die Bedeutung der sozialen Netzwerke für die Kriminalitätsbekämpfung ein. Deutlich wurde die zunehmende Bedeutung und Notwendigkeit von Ermittlungen in sozialen Netzwerken für die alltägliche Polizeiarbeit.

Wie einfach personenbezogene Daten über eine Privatperson zusammengetragen werden können, schilderte KHK in Gabriele Goebel-Andreas, HLKA, in ihrem Vortrag über „Risiken und Gefahren der sozialen Netzwerke – eine Herausforderung für die Kriminalprävention“. Anschaulich wies sie zudem darauf hin, wie unvorteilhaft sich vereinzelt auch Polizeibeamtinnen und -beamte in ihren privaten Facebook-Auftritten im Netz präsentierten. Wie sinnvoll sei es eigentlich, als Polizei eine Facebook-Seite zu betreiben, fragte KHK Markus Bönisch, HLKA, im letzten Fachreferat „Polizei in Facebook“? Zunächst stellte er den Facebook-Auftritt der PD Hannover „Polizei Hannover“ vor, der mittlerweile mehr als 110.000 ‚Follower‘ hat und auf dem regelmäßig Fahndungsaufrufe der Polizei veröffentlicht werden. Im Anschluss erläuterte er (datenschutz-) rechtliche, aber auch praktische Probleme von polizeilichen Facebook-Seiten. Markus Bönisch veranschaulichte, dass der Auftritt Hannovers durchaus ein praktikables Modell für weitere Bundesländer sei und die Polizei auch auf derartigen Plattformen zukünftig vermehrt präsent sein könnte.

Abschließend stellte Ass. Jur. Alexander Seidl vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht, Universität Passau, am dritten Seminartag das Thema „Cybercrime – Ein(-)Blick in die Zukunft“ in den Fokus. In einem allgemeinen Überblick brachte er die rechtlichen Grundlagen der Bekämpfung der Cybercrime zur Sprache. Anhand zahlreicher Statistiken, Fotos und Screenshots erläuterte er dabei drei spezifische Deliktsfelder der Cybercrime: Skimming, Phishing und Abofallen. Anschließend erörterte Alexander Seidl entsprechende durch technische Innovationen bedingte polizeiliche Herausforderungen. Er ging dabei auf die Quellen-TKÜ sowie das Cloud Computing ein. Alexander Seidl zeigte in seinem Vortrag zwar auf, dass die Hürden für den „elektronischen Trickbetrug“ höher würden, dass es aber auch



Die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten großes Interesse am Thema. Foto: JG

in ihrem Vortrag „Rechtliche Fragen im Bereich Ermittlungen in sozialen Netzwerken“ die grundrechtlichen Grenzen der polizeilichen Ermittlungen in sozialen Netzwerken. Sie präsentierte innerhalb ihrer Ausführungen unter anderem ein Vier-Stufenmodell für die Feststellung der Betroffenheit von Grundrechten, erörterte das sogenannte virtuelle Betretungsrecht und zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern so sehr anschaulich und leicht verständlich die theoretischen Grundpfeiler von Ermittlungen im Inter-

bemerkenswerte Weise letztlich einen pragmatischen Ansatz für die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung der sozialen Netzwerke auf, der zukünftig auch für die deutsche Polizei durchaus von Interesse sein könnte. Mit einer Vertiefung der polizeilichen Recherchemöglichkeiten in sozialen Netzwerken durch KOK in Sabrina Albus, Hessisches Landeskriminalamt (LKA), begann der zweite Teil des Seminars. Die Vortragende ging dabei insbesondere auf die rechtlichen Grundlagen und Voraus-



der kriminellen Seite zukünftig nicht an Ideenreichtum mangeln werde. Daher sollte man sich, so mahnte Seidl, auch weiterhin, sich im Netz immer mit der gebotenen Sorgfalt zu bewegen. In den Kaffee- und Mittagspausen und

vor allem bei den gemeinsamen Abendessen kam auch der Networking-Gedanke nicht zu kurz. Insgesamt erwies sich das Seminar als eine äußerst gelungene Veranstaltung, die in den nächsten Jahren unbedingt erneut angeboten werden sollte.

**Alexander Seidl – wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht an der Universität Passau**

## Politik hautnah miterlebt

Wie entsteht ein Gesetz, wer übernimmt welche Aufgaben im Parlament, wie sieht die Woche eines Bundestagsabgeordneten aus und wo und wie werden Anträge bearbeitet? Antworten auf diese spannenden Fragen bekamen fünf Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) aus Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Ende Novem-

ber gestellt. Während der sogenannten Wochen für Gewerkschaftsjuniorinnen und -juniorinnen wurden neben den Terminen der Abgeordneten, wie Ausschusssitzungen, Koordinierungsrunden, Fraktionsitzungen, Presstertmine und Plenarsitzungen, viele weitere interessante Abläufe des politischen Alltags auf Bundesebene kennengelernt. Zudem wurden Führungen durch den Reichstag, das Willy-Brandt-Haus, Sitz des SPD-Bundesvorstands, und ein Besuch des DGB Hauses organisiert.

nehmern in den Beinen spürten, war vor allem der vielen Rennerei durch die unterirdischen Gänge des Regierungsviertels von Sitzungssaal zu Büro, zum Reichstag und zu plötzlichen stattfindenden namentlichen Abstimmungen zu verdanken.

**AUCH MENSCH** – Polizei im Spannungsfeld Am Rande eines der genannten Treffen konnten die Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Frank Walter Steinmeier, in einem persönlichen Gespräch über die aktuelle Kampagne der JUNGEN GRUPPE (GdP) – AUCH MENSCH – informieren. Das entsprechende Plakat sowie den dazugehörigen Flyer nahm der SPD-Fraktionsvorsitzende interessiert entgegen. Auch hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes konnte die JUNGE GRUPPE (GdP) abermals verdeutlichen, dass Polizistinnen und Polizisten sowohl dienstlich als auch privat ein immanenter Teil der Demokratie sind!

In dieser Woche wurde vor allem aber eines deutlich: ‚Bild dir deine Meinung‘ bedeutet mehr, als nur die Gazetten des Tages zu lesen und anschließend daraufhin zu urteilen. Wer also zukünftig mehr über abgelehnte Anträge wie „Kennzeichnungspflicht für Bundespolizisten“ und „Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei massiv beschränken“ erfahren möchte oder sogar selbst einmal an einer solchen Woche teilnehmen will, kann gerne Kontakt mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufnehmen. Am besten ist es aber gleich selbst an der nächste Woche für Gewerkschaftsjuniorinnen und -juniorinnen teilzunehmen.

**Jochen Kopelke**



**Jochen Kopelke (li.) überreicht im Rahmen der Woche für Gewerkschaftsjuniorinnen Frank Walter Steinmeier (re.) das Plakat zur Kampagne „Auch MENSCH“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) Foto: JG**

ber 2012 bei einem Besuch im Berliner Politikbetrieb.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundestagsfraktion der SPD hatten auch in diesem Jahr ein vielseitiges und wahrlich beeindruckendes Programm für Gewerkschaftsjuniorinnen und -juniorinnen auf die

terstrich die Bedeutung des regelmäßigen politischen Austausches mit der JUNGEN GRUPPE, den er sofort wahr machte und für den er auch, so Hartmann, in Zukunft zur Verfügung stehen werde.

Und dass diese lehrreiche Woche später noch viele der Teilnehmerinnen und Teil-

Zu den Höhepunkten der Woche zählte dabei die Teilnahme am NSU-Untersuchungsausschuss. Hochgradig interessant und sehr erfreulich war zudem, dass Michael Hartmann, Innenpolitischer Sprecher der SPD, sich erneut die Zeit für ein aufschlussreiches Gespräch nahm, nachdem die JUNGEN GRUPPE (GdP) bereits vor einigen Wochen mit ihm zum Thema Vorratsdatenspeicherung ins Gespräch gekommen war. Michael Hartmann bekräftigte erneut den hohen Wert der Inneren Sicherheit und unter-

### IMPRESSUM:

Herausgeber:  
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;  
Fax: (030) 39 99 21 - 200  
www.gdpjg.de  
jungegruppe@gdpjg.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:  
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





# Auf und davon!

Reisesehnsucht weckt der neue Reiseprogramm-Katalog Winter/Frühjahr 2012/13 von DGB Reisen. Vom kurzen Städtetrip über einen erholsamen Wellnessurlaub bis zu interessanten Rundreisen mit deutschsprachiger Reiseleitung präsentieren wir maßgeschneiderte Reisen in bester Qualität. Übrigens reist auf vielen Rundreisen zur Sicherheit unserer Gäste ein erfahrener Reisemediziner mit. Sicherheit wird bei DGB-Reisen generell großgeschrieben, deshalb gibt es bei allen PKW-Reisen in dem neuen Katalog kostenlos den Pannenschutz dazu! Unter dem Motto „Darf es etwas Meer sein“ bieten wir Fluss- und Hochseekreuzfahrten vom Advent auf dem Rhein bis zur Karibik-Kreuzfahrt auf ausgesuchten Schiffen an – oft mit einem Extra-Bonbon für DGB-Reisen-Gäste.

Kostengünstig ist DGB-Reisen telefonisch zum Ortstarif erreichbar: Unter Telefon 0231-95 85 555 gibt es täglich von 8 bis 22 Uhr alle Informationen rund um den Urlaub mit DGB-Reisen. Auch der neue Katalog kann unter der Nummer angefordert werden und wird kostenlos zugeschickt. Selbstverständlich ist DGB-Reisen auch „online“ erreichbar, unter [www.dgb-reisen.de](http://www.dgb-reisen.de)

## Gruppenreisen vom Experten

Mit gewerkschaftlichem Knowhow bietet DGB-Reisen auch seit über 50 Jahren individuelle Gruppenreisen weltweit für Gruppen ab 15 Personen an. Kompetent, in-

dividuell, mit Erfahrung beim Organisieren besonderer Themen, intensiver Beratung bei der Planung und Top-Organisation mit vielen kleinen und großen Extras – dafür steht DGB-Reisen. Der neue Hauptkatalog Gruppenreisen 2013 ist soeben erschienen und kann direkt beim Veranstalter angefordert werden: DGB-Reisen GmbH, Königswall 36, 44137 Dortmund, Telefon 0231 – 95 85 557, E-Mail: [gruppen@dgb-reisen.de](mailto:gruppen@dgb-reisen.de). Die



Foto: DGB

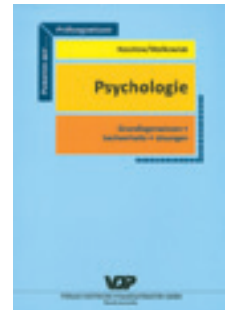
Angebote aus dem Katalog richten sich an Gewerkschaften, Vereine, Verbände etc., die eine Gruppenreise komplett buchen und alle Teilnehmer dafür selbst organisieren. Über 2.000 weitere Reiseideen gibt es online auf der Homepage:

[www.dgb-gruppenreisen.de](http://www.dgb-gruppenreisen.de)

Susanne Duhme

## Prüfungswissen Psychologie

Polizeiliches Handeln schließt grundsätzlich die Auseinandersetzung mit Konflikten in den unterschiedlichsten Formen mit ein. Vielfältige Lösungsmöglichkeiten sind je nach Konfliktart denkbar. Dieses Buch bietet, unter Berücksichtigung polizeilicher Zusammenhänge, eine Einführung in alle wichtigen Bereiche der Psychologie. Die Autoren erklären die wissenschaftlichen Fachbegriffe, stellen die sozialwissenschaftlichen Theorien verständlich dar und erläutern diese jeweils in polizeipraktischen Fällen bzw. Zusammenhängen. Es ist vom Aufbau her in der Frage- und Antwortform gehalten und gleicht damit mehr einem speziellen Nachschlagewerk als einem klassischen Lehrbuch. Ausgehend vom Bachelor-Studienverlauf „Polizeivollzugsdienst“ in NRW bietet es so eine gute Möglichkeit für die gezielte Vorbereitung auf die psychologischen Inhalte.



**Prüfungswissen Psychologie, Dr. Reinhard Haselow, Dr. Jens Walkowiak, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2012, 368 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0680-5**



Nr. 1 • 62. Jahrgang 2013 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

# Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** [www.gdp.de](http://www.gdp.de)

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** [gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de) und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [av@vdpolizei.de](mailto:av@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34  
vom 1. Januar 2012



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
000.000 Exemplare

ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto:  
GdP/Hagen Immel

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Punkten mit ... ... Prüfungswissen



**Neuerscheinung:**

## Prüfungswissen Eingriffsrecht

Rechtsgrundlagen  
Prüfungsschemata  
Musterklausuren



Von **Lambert Josef Tetsch**

1. Auflage 2012,  
208 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
24,90 EUR [D], 43,60 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0683-6

Auf Basis des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes und Verwaltungsverfahrensgesetzes zeigt dieses Buch alle wesentlichen Inhalte des Eingriffsrechts auf, die für eine erfolgreiche Bewältigung der polizeilichen Ausbildung und des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig sind.

Für die polizeirechtlichen Vorschriften der anderen Bundesländer und der Bundespolizei ist eine vergleichende Übersicht der Vorschriften aus den Polizeigesetzen der Länder und des Bundes beigefügt.

### Der Autor

*Lambert Josef Tetsch,*  
Polizeidirektor a.D.;



**Neuerscheinung:**

## Prüfungswissen Psychologie

Grundlagenwissen  
Sachverhalte  
Lösungen



Von **Reinhard Haselow**  
und **Jens Walkowiak.**

1. Auflage 2012  
368 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
24,90 EUR [D], 43,60 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0680-5

Dieses Buch bietet, unter Berücksichtigung polizeilicher Zusammenhänge, eine Einführung in alle wichtigen Bereiche der Psychologie. Die Autoren erklären die wissenschaftlichen Fachbegriffe, stellen die sozialwissenschaftlichen Theorien verständlich dar und erläutern diese jeweils in polizeipraktischen Fällen bzw. Zusammenhängen. Ausgehend vom Bachelor-Studienverlauf „Polizeivollzugsdienst“ in NRW bietet es eine gute Möglichkeit für die gezielte Vorbereitung auf die psychologischen Inhalte, die in der Lehre vermittelt wie auch in unterschiedlichen Leistungsnachweisen geprüft werden.

### Die Autoren

*Dr. Reinhard Haselow,*  
Erster Polizeihauptkommissar a. D.  
*Dr. Jens Walkowiak,*  
Diplom- Psychologie.

**Bereits erschienen:**

## Prüfungswissen Kriminalistik und Kriminal- technik

Arbeitstechniken  
Übungen  
Klausuren  
Lösungen



Von **Robert Weihmann**  
und **Claus-Peter Schuch.**

1. Auflage 2011,  
214 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
19,90 EUR [D], 35,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0656-0

Das vorliegende, in mehreren Auflagen bewährte Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Bln und kann insoweit auch bei der Auslegung der Polizeigesetze anderer Bundesländer von Nutzen sein. Es enthält ferner einen Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung sowie eine Reihe ergänzender Vorschriften, wie z.B. das UZwG Berlin und das BlnDSG etc.

### Die Autoren

*Robert Weihmann,*  
Leitender Kriminaldirektor a.D.  
*Claus-Peter Schuch,*  
Kriminaloberrat.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



# SmartLite®

## „Polizei-Photon“

Mit der Produktlinie Smartlite® entwickelte HNC eine völlig neuartige Lampengeneration. Beste Materialien wie u. a. Flugzeugaluminium werden für die Produktion dieser Lampen verwendet.

Hergestellt nach dem strengen Qualitätsmanagement ISO 9001:2000 und dem Umweltmanagement ISO 14001:2004.

255001 **19,99 €**

(empf. VK 24,95 €)

Lieferung  
inklusive  
Lederholster  
und Batterien.

### 10 Jahre Garantie

(Gilt nicht für Verschleißteile,  
Batterien oder Schäden  
durch Gewalteinwirkung).

Ein robustes schwarzes Gehäuse, gefertigt aus Flugzeugaluminium, hält auch den härtesten Beanspruchungen stand. Diese hochwertige Lampe ist schlagfest und spritzwassergeschützt.

Diese Taschenlampe lässt  
wahrscheinlich keinerlei  
Wünsche mehr offen!

#### Maße:

ca. 12,5 cm

Ø ca. 2,8 cm



Das extrem helle  
LED-Licht ist stufenlos  
focussierbar und lässt sich zusätzlich  
durch den neuen, energiesparenden  
Powerdriver auf 50 Prozent Lichtleistung herunterregeln.  
Dadurch wird nochmals bis zu 50 Prozent Energie gespart.



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)